

Wilhelm–Pfannkuch–Haus
Humboldtstraße 8a
34117 Kassel

Telefon 0561 7001014
Telefax 0561 7001019
Jusos.Hessen–Nord@spd.de

Beschlussbuch der Juso–Bezirkskonferenz Hessen–Nord 2013

21.04.2012
E–Werk Eschwege

ONLINE–VERSION

BESCHLÜSSE & ÜBERWEISUNGEN

L LEITANTRAG

- L1 Nordhessen liken – Perspektiven für die junge Generation schaffen! Bezirksvorstand

A ARBEIT & SOZIALES

- A1 Minijobs abschaffen! Unterbezirk Fulda
- A2 Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren Unterbezirk Fulda
- A3 Finanzielle Unterstützung bei privater Vollzeitpflege Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- A4 Personalräte stärken! Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- A5 Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- A6 Ernährungsarmut bekämpfen – ALG II- u. Sozialhilfesätze deutlich anheben Unterbezirk Werra-Meißner

B BILDUNG

- B1 Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes an hessischen Schulen Unterbezirk Kassel-Stadt
- B2 Bundesweite Schulstandards Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- B4 Abschaffung der Studiengebühren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- B5 Keine Äpfel, sondern Geld! Unterbezirk Kassel-Land
- B6 Inklusive Bildung in Hessen nicht nur als Leitbild, sondern als konkrete Handlungs- und Gestaltungsaufgabe von Institutionen und der in diesen tätigen Personen. Unterbezirk Werra-Meißner

E EUROPA & INTERNATIONALES

- E1 Für den Frieden und gegen Gewalt! – Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen AK Europa-Internationales-Frieden des Bezirksvorstandes
- E2 Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe Unterbezirk Kassel-Stadt

F FINANZEN & WIRTSCHAFT

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| F1 | Einführung einer Reichensteuer von 75 Prozent | Unterbezirk Fulda |
| F2 | Spekulationsverbot auf Währungen und Länder | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| F4 | Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen! | Unterbezirk Kassel-Land |

G GESELLSCHAFTS- & INNENPOLITIK

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| G1 | Genderpolitik in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft (Resolution) | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| G2 | Anti-Mobbing-Gesetz | Unterbezirk Fulda |
| G3 | Änderung der denkmaltechnischen Prinzipien zum Erhalt historischer Ortskerne | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| G4 | Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| G5 | Legalisierung von Marihuana als Genussmittel | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| G6 | Telefonbetrüger das Handwerk legen | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| G7 | Der Tierschutz gehört zu den Staatszielen | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| G8 | Lebensmittelsiegel | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

O ORGANISATIONSPOLITIK

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| O1 | Mehr Basisdemokratie wagen! | Unterbezirk Fulda |
| O3 | Einzeilige Anträge | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| O4 | Transparenz der Antragswerdegänge in der SPD | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |

U UMWELT & ENERGIE

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| U1 | Stoppt das Schlechtreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie! | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| U4 | Sauberer Schiffsverkehr | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| U5 | Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982 | Unterbezirk Schwalm-Eder |



LEITANTRAG

- L1 Nordhessen liken – Perspektiven für die
junge Generation schaffen! Bezirksvorstand

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	L1
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag
<u>Betr.:</u>	Nordhessen liken – Perspektiven für die junge Generation schaffen!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Nach über einem Jahrzehnt mit der CDU an der Spitze der Landesregierung wird mit
2 Nordhessen allgemein und dem ländlichen Raum im Speziellen eine mangelnde
3 Zukunftsfähigkeit verbunden.

4
5 Ein starkes Gut der nordhessischen Sozialdemokratie war und ist es, dass wir nah bei den
6 Menschen sind. Ziel sozialdemokratischer Politik muss es daher sein, Nordhessen fit für die
7 Zukunft zu machen. Unsere Stärken, wie beispielsweise das Leben miteinander und nicht
8 nebeneinander, gilt es voranzutreiben. Unsere Kommunen sind chronisch unterfinanziert. CDU
9 und FDP verteilen dagegen Placebos und verschlimmbessern damit nur die aktuelle Situation.

10
11 Wir liken Nordhessen und schaffen Perspektiven für die junge Generation.

12
13 **Ohne Bildung keine Perspektiven! – Bildung, Ausbildung und den Übergang ins
14 Berufsleben gerecht gestalten**

15 Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit
16 müssen wir uns für ein gerechteres Bildungssystem einsetzen, um neue Perspektiven für junge
17 Menschen in Nordhessen zu schaffen. Der Anspruch auf Bildung darf nicht erst mit der
18 Schulpflicht beginnen und dann mit selbiger enden. Wir brauchen ein gerechtes System, dass
19 jedem Menschen die Chance gibt sich in ihm zu entfalten und in welchem er individuell
20 gefördert wird. Wir Sozialdemokraten müssen uns deshalb im besonderen Maße für Bildung
21 einsetzen, denn: Ohne Bildung haben die Menschen keine Perspektiven!

22
23 1. Frühkindliche Bildung

24 Kindern muss die Möglichkeit gegeben werden von klein auf miteinander in Kontakt zu treten,
25 miteinander zu spielen und voneinander zu lernen. Das Sozialverhalten von Kindern wird in den
26 ersten Jahren maßgeblich geprägt. Toleranz muss Kindern von Beginn an vermittelt werden.
27 Ein inklusiver Kindergarten beugt Vorurteilen vor und ermöglicht Kindern einen normalen
28 Umgang miteinander. Außerdem bieten Kindertagesstätten die Möglichkeit, Kinder auf die
29 Grundschule vorzubereiten und Bildung spielerisch zu vermitteln. Jedes Kind hat das Recht auf
30 einen Kindergartenplatz. Die sogenannte „Herdprämie“ darf deshalb den Ausbau von
31 Kindergarten- und Krippenplätzen nicht behindern und muss wieder abgeschafft werden.
32 Bildungsteilhabe ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe. Um allen Kindern
33 gleiche Chancen einzuräumen, müssen Kindergartenplätze ab dem 1. Lebensjahr kostenfrei
34 und ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Bildung darf kein Privileg von finanziell
35 bessergestellten Familien bleiben. Ebenfalls muss sicher gestellt werden, dass frühkindliche
36 Bildung auch hoher Qualitätsstandards bedarf. Deswegen dürfen u.a. Gruppengrößen und
37 Betreuungsschlüssel nicht verschlechtert werden. Auch der Beruf der Erzieherin/des Erziehers
38 bedarf der gesellschaftlichen Aufwertung und einer ordentlichen Bezahlung. Gute Bildung muss

39 auch gut finanziert werden. Deshalb sind wir gegen das von der Landesregierung vorgelegte
40 Kinderförderungsgesetz (KiföG), dass die Qualität frühkindlicher Bildung gefährdet.

41

42 2. Schule

43 Das hessische Schulsystem muss längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Kinder sollten
44 nach vier Jahren Grundschule nicht „in Schubladen gesteckt“ werden. Deshalb darf unser
45 Schulsystem nicht nur nach unten hin durchlässig sein. Auf lange Sicht wollen wir eine inklusive
46 Schule, an der alle SchülerInnen gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden.
47 Kein Kind darf zurückgelassen werden! Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle Kinder einen
48 Schulabschluss erreichen. Dieses muss deren Recht gegenüber der Gesellschaft werden.
49 Aufgabe der Politik ist es SchülerInnen ein breites und attraktives Bildungsangebot zu machen.
50 Wir lehnen Privatschulen mit Schulgeld ab und begrüßen es, wenn alternative pädagogische
51 Konzepte in das staatliche Schulsystem integriert werden. Damit wird einerseits Vielfalt
52 gewährleistet, andererseits werden die alternativen Schulformen unter die finanzielle und
53 konzeptionelle Obhut des Staates gestellt. Wir treten für ein wohnortnahes Schulangebot ein,
54 dass Kindern im ländlichen Raum von der Grundschule bis zum Abitur die Möglichkeit gibt, vor
55 Ort zu lernen und vor Ort ihren Bildungsabschluss zu machen. Deswegen wenden wir uns auch
56 entschieden gegen unsinnige Schulschließungen, willkürlich gewählte Gruppen-, Klassen- und
57 Schulgrößen.

58

59 3. Ausbildung

60 Um Menschen in unserer Region zu halten, müssen wir Ihnen nach dem Schulabschluss ein
61 attraktives Ausbildungsplatzangebot unterbreiten. Daher müssen genügend Ausbildungsplätze
62 angeboten und ein Mangel an Ausbildungsplätzen verhindert werden. Deswegen wollen wir für
63 nicht-ausbildende Betriebe eine Ausbildungsplatzumlage einführen. Wer nicht ausbildet, wird
64 umgelegt. Aber auch hier gilt: Das die Ausbildungsplätze für die jungen Menschen attraktiv sein
65 müssen! Daher treten wir auch für einen Mindestlohn für Auszubildende ein, der die Grundlage
66 eines eigenständigen und selbstbestimmten Lebens darstellt. Zudem kämpfen wir dafür, dass
67 im ländlichen Raum die Berufsschulen erhalten bleiben und somit für die Auszubildenden gut zu
68 erreichen sind.

69

70 4. Hochschulen

71 Fast die Hälfte der SchulabsolventInnen fangen mittlerweile an zu studieren. Deshalb brauchen
72 wir in Nordhessen starke Hochschulen, um Menschen in der Region zu halten und um neue
73 Menschen für Nordhessen zu gewinnen. Mittlerweile studieren über 50.000 Menschen zwischen
74 Kassel, Marburg und Fulda. Doch die hessischen und nordhessischen Hochschulen sind auf
75 Grund einer verfehlten Finanz- und Gesellschaftspolitik der CDU und FDP-Landesregierung
76 chronisch unterfinanziert. Deswegen bedarf es nach der Regierungsübernahme der SPD im
77 Land Hessen, einer Überarbeitung der Hochschulfinanzierung mit dem Ziel mehr Geld für
78 Lehre, Forschung, Bibliotheken, Infrastruktur und Personal zur Verfügung zu stellen. Die
79 Qualität von Lehre und Forschung müssen abgehoben und überfüllte Hörsäle und suboptimale
80 Studienbedingungen beendet werden. Neben den Studierenden haben die Hochschulen ein
81 hohes Innovationspotenzial, das auf die Region hinausstrahlen kann. Um die Hochschulen
82 weiter zu stärken, muss der Zugang zu Ihnen verbessert werden. Vor allem Menschen mit
83 Ausbildung müssen die Chance haben auch noch studieren zu können. Auch die soziale
84 Infrastruktur an den Hochschulstandorten, vor allem Wohnheime, Kinderbetreuung, Mensen,
85 soziale Beratungsleistungen, Studentenwerke, müssen schnellstmöglich ausgebaut werden, um
86 attraktiv zu bleiben. Hier hat sich in den letzten 15 Jahren ein riesiger Investitionsstau
87 angesammelt. Deswegen treten wir u.a. für eine bessere Finanzierung der Studentenwerke, ein
88 eigenständiges Wohnheimausbauprogramm des Landes und ein Programm zum Ausbau der
89 Kinderbetreuung an den hessischen Hochschulen ein.

90

91 5. Weiterbildung

92 Nordhessen muss die Aufstiegsregion werden. Der zweite Bildungsweg ist ein
93 sozialdemokratisches Projekt, das wir wieder stärken müssen. JedeR verdient eine zweite
94 Chance, so auch auf einen Schul- oder Berufsabschluss. Dafür müssen wir Institutionen wie

95 das Abendgymnasium und das Hessenkolleg endlich wieder vernünftig finanzieren. Lernen ist
96 ein lebenslanger Prozess. Daher müssen in Nordhessen Strukturen der Weiterbildung stärker
97 unterstützt werden. So können wir dafür sorgen, dass hochqualifiziertes Personal in unserer
98 Region ausgebildet wird. Das ist attraktiv sowohl für Unternehmen, wie auch für die Menschen
99 selbst.

100 Nordhessen als Aufstiegsregion, das ist unser Ziel. Nur so können wir attraktiv werden für die
101 Menschen, denn sie erhalten dadurch eine Perspektive in unserer Region. Dafür braucht es vor
102 allem Bildung von klein an, die kostenfrei und allen zugänglich ist. Bildung muss das Ziel haben,
103 den Menschen zu befähigen etwas aus sich und seiner Gesellschaft zu machen. Daher braucht
104 es im Bildungssystem Geld und gute Ideen für eine Zukunft mit Perspektive in Nordhessen.

105 **Ausbeutung beenden! – Auch junge Menschen brauchen sichere Arbeit**

107 Wenn man die reinen Zahlen des momentanen Arbeitsmarktes betrachtet, so scheint zunächst
108 alles auf einem guten Weg zu sein. Es gibt so wenig Arbeitslose wie lange nicht mehr. Von
109 daher scheint ja die vergangene Politik die richtige gewesen zu sein. Schaut man sich die Lage
110 aber genauer an, so sieht man, dass viele Jobs nicht dem entsprechen, was wir als Jusos als
111 gute Arbeit bezeichnen. Das ausufern von Zeitarbeit ist hier nur ein Beispiel. Ursprünglich als
112 Instrument gedacht Produktionsspitzen abzufedern, verdrängen Zeitarbeitende in einigen
113 Betrieben mehr und mehr die Stammbeslegschaft, wobei Zeitarbeitende teilweise schlechter für
114 die gleiche Arbeit bezahlt werden, als Festangestellte. Häufig verdienen diese
115 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar so wenig, dass sie nach vierzig Stunden Arbeit pro
116 Woche immer noch Geld vom Staat brauchen, weil ihr Lohn weniger ist als der
117 Arbeitslosengeld-2-Satz. Von dieser Notsituation sind gerade viele junge Menschen betroffen.
118 Wenn sie beispielsweise nach einer erfolgreichen Ausbildung nicht übernommen werden, dann
119 werden sie teilweise an dubiose Zeitarbeitsfirmen weitervermittelt, die diese häufig fachfremd
120 einsetzen, um weniger Lohn zahlen zu müssen. Dies führt dazu, dass junge Menschen, die in
121 diese Zeitarbeitsfalle geraten sind, ihre mühsam in der Ausbildung erlernten Kenntnisse nach
122 und nach verlieren und sie damit noch weniger die Chance haben auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu
123 fassen.

124 Weitere junge Menschen, die in einer ähnlichen Schwebesituation feststecken, werden gerne
125 als die sogenannte „Generation Praktikum“ beschrieben. Diese jungen Menschen haben häufig
126 eine akademische Ausbildung bekommen aber noch nicht einmal einen befristeten
127 Arbeitsvertrag, sondern machen ein lohnfreies Praktikum nach dem nächsten in der Hoffnung
128 irgendwann eine Anstellung zu bekommen. Einige Betriebe nutzen die Situation der Art aus,
129 dass sie diese Praktikanten einfach als kostenfreie Arbeitskräfte missbrauchen.

130
131 Junge Menschen in einer solchen unsicheren Situation sind weder in der Lage eine Familie zu
132 gründen, noch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der Stress und die Unsicherheit
133 haben teilweise sogar gravierende gesundheitliche Folgen, sodass man sich Fragen muss, wie
134 lange es sich eine Gesellschaft leisten kann ihre jungen Menschen so lange in Unsicherheit zu
135 lassen?

136 Wir Sozialdemokraten wollen uns nicht auf dieses Experiment einlassen und so schnell wie
137 möglich die Unsicherheiten von jungen Menschen eindämmen. Deswegen fordern wir:

- 138
- 139 - einen bundesweiten, branchenunabhängigen, allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn
 - 140 von mindestens 8,50 €. Auch das Land Hessen soll mit gutem Beispiel vorangehen und
 - 141 einen Landesmindestlohn nach Bremer Vorbild einführen.
 - 142 - die gesetzliche Begrenzung der Zeitarbeit
 - 143 - eine deutliche Einschränkung und Begrenzung der Befristung von Arbeitsverträgen und
 - 144 die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
 - 145 - die Einschränkung von Praktika ohne Lohn
 - 146 - die Garantie auf Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes
- 147
148

149 **Infrastruktur und öffentliche Daseinsfürsorge als Stütze und Voraussetzung eigener**
150 **Entfaltung**

151
152 Breitbandnetzausbau
153 Die Möglichkeiten von Partizipation und Teilhabe sind Grundbedingung von gelebter
154 Demokratie. Das Internet mit seinem breiten Angebot an auf Partizipation ausgelegten Medien
155 bietet gerade jungen Menschen die Chance aktiv am sozialen Leben in unserer Demokratie
156 teilzuhaben und somit Politikverdrossenheit vorzubeugen.
157 Auch ist das Internet für junge Leute ein soziales Medium, das integriert, verbindet, vernetzt -
158 wenn die Voraussetzungen gegeben sind!
159 Die Machbarkeitsstudie „NGA Cluster Nordhessen“, in Auftrag gegeben vom
160 Regionalmanagement Nordhessen, unterstreicht in seinen Ergebnissen, dass es beim Ausbau
161 des Breitband-Internet, im englischen Next-Generation-Access (NGA) in den fünf Landkreisen
162 Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Kassel-Land
163 Nachholbedarf gibt. Während die Metropolen in Südhessen und das Stadtgebiet Kassel in
164 Nordhessen über ein gut ausgebautes NGA-Netz mit exzellenten Up- und Download Raten
165 verfügen, gibt es im ländlichen Raum teilweise noch „weiße Flecken“, sprich Orte, wo es gar
166 keine Internet-Zugänge gibt. Die Deutsche Telekom und ihre Tochtergesellschaften haben
167 offiziell den Regelausbau in der Sparte Festnetz beendet. Der Markt hat wenig Interesse an
168 weiteren Investitionen in den NGA Ausbau - gerade im ländlichen Raum. Wenn sie investieren,
169 dann nur in einzelne Kommunen ohne einen übergeordneten Plan für die gesamte Region.
170 Dieser Flickenteppich muss ein Ende haben.
171 Doch genau hier setzen wir als Sozialdemokraten an. Um gerade jungen Menschen das Leben
172 im ländlichen Raum zu ermöglichen, fordern wir den konsequenten Ausbau des NGA-Netzes.
173 Es treiben uns nicht nur die oben beschriebenen gesellschaftspolitischen Aspekte von
174 Partizipation und Teilhabe durch das Medium Internet an. Wir denken auch an die
175 wirtschaftlichen Aspekte des NGA-Ausbaus im ländlichen Raum, denn eine schnelle Internet-
176 Verbindung ist heute mehr als jemals zuvor ein harter Standortfaktor für Unternehmen,
177 Dienstleister, Gewerbetreibende, Familien und – wie bereits erwähnt - junge Leute.
178 Deshalb fordern wir:
179
180 - Gründung einer gemeinsamen GmbH durch die fünf Landkreise, die den NGA-
181 Netzausbau zum Ziel hat
182 - Aufnahme von Gesprächen mit Infrastruktur- und Netzbetreibern über einen
183 nachhaltigen gemeinsamen Ausbau des NGA-Netzes
184 - Erarbeitung eines gemeinsamen Geschäftsmodells zur Umsetzung des NGA Ausbaus
185 - Akquise von Fördermitteln für den Ausbau des NGA-Netzes
186 - Stückweiser Ausbau des NGA-Netzes in den fünf nordhessischen Landkreisen
187 möglichst nach dem Modell Fibre To the Curb (FTTC)
188 - Bereitstellung von offenen Internet-Zugängen in öffentlichen Räumen
189
190 Wir glauben, dass ein konsequenter Ausbau des NGA Netzes den Standort Nordhessen für
191 Firmen, Familien und junge Leute attraktiver machen wird. So kann dem demografischen
192 Wandel und den daraus resultierenden Problemen von Leerstand, Arbeitslosigkeit,
193 Überalterung, Fachkräftemangel, uvm. in den Städten und Dörfern im ländlichen Raum
194 entgegen gewirkt werden. Der Ausbau ermöglicht jungen Leuten ein besseres und attraktiveres
195 Leben in ihrer Heimat mit den Möglichkeiten, sich im sozialen Raum des Internets einzubringen
196 und ihre (soziale) Umwelt positiv zu beeinflussen.
197
198 Öffentliche Daseinsfürsorge
199 Neben dem Thema Internet setzten wir uns auch für den weiteren Ausbau der Daseinsfürsorge
200 in Nordhessen ein. Wir wollen weiterhin lebenswerte Dörfer und Gemeinden in Nordhessen
201 haben. Dazu ist es notwendig, über ein Dorferhaltungsprogramm auf Landesebene
202 nachzudenken. Dieses soll den Menschen vor Ort dabei helfen, ihre Region lebenswert für alte
203 und neue Bewohner zu erhalten. Dem „Aussterben“ von ganzen Stadt- und Dorfkernen muss
204 dringend entgegengewirkt werden. Der Leerstand, gerade in den ländlichen Regionen
205 Nordhessens, zählt zu den zukünftig großen Herausforderungen für die Politik. Junge
206 Menschen wollen nicht in einer Stadt oder Gemeinde leben, deren Straßen, Läden und

207 Gastwirtschaften verwaist sind. Daher bleibt diese Generation häufig fern. Wir wollen lebendige
208 und offene Gemeinden und Städte und fordern darüber hinaus:

- 209
- 210 - eine flächendeckende ärztliche Versorgung auch und gerade im ländlichen Raum
- 211 - den Erhalt und Ausbau von Bürgerhäusern, Jugendzentren, Bibliotheken, Sporthallen
- 212 und Schwimmbädern
- 213 - die Wertschätzung und Förderung des Vereinslebens
- 214 - eine verstärkte Anbindung unserer Region an den Öffentlichen Nah- und Fernverkehr
- 215 - bezahlbaren Wohnraum in den Städten und den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- 216 - öffentliche Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben. Wir wollen Stadtwerke,
- 217 Strom-, Wasser-, Gas-, Wärme- und Abwasserversorgung in Bürgerhand.
- 218

219 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in den vergangenen Jahren besonders mit der so
220 genannten „Operation (Un-)Sichere Zukunft“ nahezu vorsätzlich den nordhessischen Raum
221 durch diverse Behördenschließungen- und Zusammenlegungen geschwächt und Landkreise
222 bzw. Städte gegeneinander ausgespielt. Die Ämter für Bodenmanagement, Hessen Forst,
223 Hessen mobil, das Regierungspräsidium Kassel und die Staatlichen Schulämter sind nur einige
224 Beispiele, wo aus Kostengründen destruktive Schließungen oder Zusammenlegungen
225 stattfanden. Besonders betroffen waren dabei auch die Amts- und Arbeitsgerichte, wodurch z.B.
226 betroffene Arbeitnehmer immer höhere Hürden in den Weg gelegt werden, um ihre Rechte
227 geltend machen zu können. Durch die Verlegungen und Schließungen konnten und können
228 dabei aber keineswegs Kosten gespart werden. Gebäude stehen leer, die Menschen verlieren
229 ihre Ansprechpartner vor Ort, die neuen Strukturen sind zu undurchsichtig und kompliziert,
230 Arbeitsplätze werden leichtfertig vernichtet und die Region Nordhessen insgesamt unattraktiver.
231 Dieses Vorgehen können wir nicht akzeptieren und fordern deshalb:

- 232
- 233 - das Ende der destruktiven Zusammenlegungen und Schließungen von Landesbehörden
- 234 - falls es möglich und im Einzelfall sinnvoll ist, sollten Landesbehörden wieder getrennt
- 235 und dezentralisiert werden
- 236 - keine weitere Benachteiligung bei der Stellenbesetzung in unseren nordhessischen
- 237 Landesbehörden
- 238 - Schluss mit wahllosen Stellenstreichungen und die Aufgabenwahrnehmung
- 239 gefährdendem Personalabbau
- 240

241 **Wir sind ein Teil der Gesellschaft! – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen**

242 Die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist eines der zentralen Ziele
243 sozialdemokratischer Politik. Teilhabe bedeutet dabei, dass alle Menschen ein Bestandteil der
244 Gesellschaft sind und an ihr partizipieren sowie solidarisch miteinander agieren. Daher ist
245 Teilhabe für uns auch Partizipation, Inklusion und die Existenz von Perspektiven. Wir jungen
246 Menschen sind dabei ein tragender Teil der Gesellschaft. Wir gestalten unser Umfeld und
247 brauchen wiederum dessen Solidarität für unsere Entwicklung. Die Aufgabe der
248 Sozialdemokratie ist es, die Teilhabemöglichkeiten von jungen Menschen zu stärken und somit
249 ein Leben in Nordhessen attraktiv gestalten zu können.

250

251 Um sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und sie mitgestalten zu können braucht es
252 Partizipation, die gelebt wird. Wir brauchen eine stärkere Demokratisierung unserer
253 Gesellschaft von klein an. Unsere Institutionen müssen sich wieder demokratisch organisieren,
254 so können junge Menschen von Anfang an lernen, was es bedeutet in einer demokratischen
255 Gesellschaft zu leben, die man selber mitbestimmen und gestalten kann. Schulen müssen
256 endlich demokratisch organisiert werden und die SchülerInnenvertretung umfassende
257 Selbstvertretungsrechte erhalten. Die Meinung von jungen Menschen muss sich auch in
258 unserer demokratisch organisierten Gesellschaft wiederfinden, daher fordern wir eine
259 flächendeckende Einführung von Jugendbeiräten und -Parlamenten in den nordhessischen
260 Städten und Gemeinden. Auch das Wahlalter muss auf vierzehn Jahre herabgesenkt werden,
261 damit die politischen VertreterInnen die jungen Menschen und WählerInnen in ihrer Politik
262 stärker berücksichtigen. Nur eine demokratisch organisierte Gesellschaft kann auf Dauer für

263 Menschen attraktiv sein, da sie durch die Menschen selber gestaltet wird und sich somit ihren
264 Bedürfnissen beugt

265
266 Als Gesellschaft können wir auch nicht weiterhin zuschauen, wie Menschen aufgrund ihrer
267 Herkunft, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer körperlichen oder geistigen
268 Beeinträchtigung diskriminiert werden. Nordhessen muss eine Region der Inklusion werden.
269 Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist unsere Stärke und muss es schaffen allen Menschen
270 die gleichen Chancen und Perspektiven zu bieten. Daher müssen wir als SozialdemokratInnen
271 in Land und Kommune darauf hinwirken das wir Inklusion in den Schulen, der Stadtplanung und
272 im Miteinander leben. Inklusion bedeutet auch ein Wahlrecht für alle hier-lebenden Menschen.
273 Inklusion ist eine Chance und keine Gefahr.

274
275 Menschen bleiben in der Region und werden hierher kommen, wenn wir als Nordhessen
276 Perspektiven aufzeigen können. Perspektive bedeutet, dass man die Chance auf Teilhabe
277 innerhalb der Gesellschaft hat. Dafür braucht es vor allem Arbeit, öffentliche Infrastruktur und
278 sozialen Ausgleich. In unserem politischen Handeln müssen wir unser Handeln immer an
279 diesen Zielen messen.

280
281 Die Stärke von ländlichen Regionen wie Nordhessen ist der gesellschaftliche Zusammenhang,
282 den es in urbanen Gebieten nicht geben kann. Diesen Vorteil müssen wir stärken. Das Leben in
283 der aktiven und solidarischen Gesellschaft ist vor allem für junge Familien attraktiv. Die
284 Teilhabe aller, insbesondere aber die der jungen Generation, ist eine Stärke, die wir in Zukunft
285 mehr fokussieren und stärken müssen.

286 287 **Wie wir in unserer Gesellschaft leben wollen**

288 Den Trend, dass junge gut ausgebildete Menschen den Beginn ihres Arbeitslebens vor allem in
289 großstädtischen Strukturen erleben wollen, müssen wir akzeptieren. Doch auch der ländliche
290 Raum Nordhessens kann durch eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Politik für junge
291 Menschen attraktiv sein. Wenn die nordhessische Region als ein Ort von guter Arbeit,
292 Familienfreundlichkeit, Kultur und Sport sowie des gesellschaftlichen Engagements und
293 Zusammenhalts bekannt wird, brauchen wir keine Angst vor der Demographischen Entwicklung
294 zu haben.

295 296 **Nordhessen – Ein guter Ort für junge Familien**

297 Junge Familien suchen sichere und gute Arbeit, regelmäßige Kinderbetreuung, eine
298 umfassende Infrastruktur und ein ansprechendes kulturelles und sportliches Angebot. All das
299 kann Nordhessen mit der richtigen Politik bieten.

300 Vor allem der Ausbau von Ganztages-Kindertagesstätten muss flächendeckend vorangetrieben
301 werden. Als Sozialdemokraten treten wir dafür ein, dass Bildung von der KiTa bis zur
302 Hochschule kostenfrei ist. Bei Schulen und Hochschulen ist uns das schon gelungen, bei
303 Kindertagesstätten noch nicht. Doch das soll sich ändern. Daher wollen wir in Hessen nach
304 einem Sieg bei der Landtagswahl auch mittelfristig erreichen, dass der Besuch einer KiTa für
305 die Eltern kostenfrei ist.

306 Auch die kulturellen Angebote im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben und erweitert
307 werden. Kulturelle Initiativen müssen dafür endlich eine langfristige Förderung bekommen. Das
308 Antragswesen für kurzzeitige Projektförderung scheint die Bürokratie des 21. Jahrhunderts zu
309 werden und muss endlich ein Ende finden.

310 Alle Angebote im ländlichen Raum machen auch für junge Familien nur Sinn, wenn auch die
311 Infrastruktur stimmt. Vor allem für die Kinder muss eine Möglichkeit bestehen, die kulturellen
312 und sportlichen Angebote der Region unabhängig des „Autodienstes“ der Eltern in Anspruch zu
313 nehmen.

314 Um für junge Familien attraktiv zu bleiben, müssen die Einrichtungen für Kultur, Sport, Arbeit
315 und Bildung in der Nähe und gut erreichbar sein. Daher setzen wir uns für den Erhalt der
316 Schulen, der Dorfgemeinschaftshäuser und Sportanlagen im breiten ländlichen Raum ein, denn
317 sie sind die Lebensader unserer Region.

318

319 **Unsere Integration ist die Inklusion**

320 Wir wollen, dass weiterhin Menschen aus unterschiedlichen Regionen und Kulturen den Weg
321 nach Nordhessen finden. Sie sind eine Bereicherung für unsere Region. Doch die Integration
322 von Menschen aus anderen Regionen und Kulturen bedarf einer gezielten Politik. Wir wollen
323 dabei den Weg der reinen Integration verlassen und den Weg der Inklusion gehen. Integration
324 ist der Einbezug von Menschen anderer Regionen mit der Anforderung an die Menschen von
325 außerhalb, sich neu zu sozialisieren und somit in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren.
326 Dafür muss die Aufnahmegesellschaft gegenüber den Menschen von außerhalb
327 aufgeschlossen und offen sein. Bei der Inklusion geht es darum, dass alle Menschen, egal
328 woher sie sind, mit ihrer Individualität in der Gesellschaft anerkannt sind und vollwertig an ihr
329 teilhaben können. Es wird versucht für alle Menschen, also auch aus anderen Regionen und
330 Kulturen, Barrierefreiheit herzustellen. So muss jegliche Art von Exklusion etwa vom
331 Arbeitsmarkt, Bildung aber auch räumlich und kulturell unterbunden werden. So können
332 gesellschaftliche Konflikte entschärft werden und unser sozialdemokratisches Ideal einer
333 Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gelebt werden.
334 Das Leben dieser Kultur muss vor allem im Bildungsbereich vorangetrieben werden. Wir wollen,
335 dass alle Kinder sich im Kindergarten kennenlernen und die ersten Erfahrungen mit
336 Andersartigkeit machen. Daher ist auch die Pflicht des Besuchs von Kindergärten für
337 mindestens ein Jahr zu überprüfen. Aber auch im Alltag muss Nordhessen deutlich machen,
338 dass wir eine offene und tolerante Region sind. Diese Toleranz muss auch auf den Ämtern in
339 den Städten und Gemeinden zu spüren sein. Ein erster Ansatz dafür sind AnsprechpartnerInnen
340 vor Ort, die mindestens zweisprachig (deutsch und englisch) ausgebildet sind. Darüber hinaus
341 müssen verstärkt „DolmetscherInnen“-Netzwerke bspw. auch kommunalübergreifend aufgebaut
342 werden, die sicherstellen, dass auch Einwanderer, die nicht dem Deutschen oder Englischen
343 mächtig sind, mit der örtlichen Verwaltung und Politik kommunizieren können.
344 Aber auch die Etablierung von Stadtbezirken in den Menschen mit Migrationshintergrund leben
345 und Stadtbezirke wo kaum Menschen aus anderen Regionen und Kulturen leben, wollen wir
346 durch eine gezielte städteplanerische Politik überwinden.
347 Nordhessen kann als Region der Toleranz und Inklusion neue Maßstäbe setzen. Der ländliche
348 Raum kann ein Ort der Willkommenskultur sein. Dafür braucht es mutige und progressive
349 Politik.

350
351 Gesellschaften wandeln sich fortwährend, dies ist nicht nur eine Konsequenz aus der
352 Migrations- und Integrationspolitik, sondern vielmehr Merkmal einer modernen, sich stetig
353 ausdifferenzierenden Gesellschaft. Wir als Jungsozialisten müssen solchen Veränderungen mit
354 unserer Politik Rechnung tragen. Individuelle Lebensmodelle und Persönlichkeitskonzepte
355 dürfen dabei nicht weiter Ausgangspunkt für neue Diskriminierungen sein. Der Staat und die
356 Gesellschaft müssen gerade deshalb auch hier sicher stellen, dass Benachteiligungen
357 abgebaut und Vielfalt als Selbstverständlichkeit anerkannt wird.

358 So sind bspw. die bestehenden Diskriminierungen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften aus
359 unserer Sicht ein drängendes Problem, das wir dringend angegangen sehen möchten. Aber
360 hierüber hinaus ist im Bereich der Anerkennungspolitik von „anderen“ Lebensentwürfen vieles
361 weitere anzustoßen. Gerade im ländlichen Raum, aber auch in urbanen Strukturen, sind viele
362 Vorurteile gegenüber anderen Lebensmodellen vorhanden. Wir müssen daher die
363 Aufklärungsarbeit von Vereinen und Verbänden vor Ort unterstützen, um gegenseitiges
364 Verständnis verstärkt aufzubauen. Homophobie ist trotz einer scheinbaren „Normalität“
365 gleichgeschlechtlicher Lebensmodelle, immer noch ein Problem in unserer Gesellschaft. Nach
366 unserer Vorstellung heißt Perspektiven für die junge Generation auch, dass sich junge
367 Menschen mit ihrem individuellen Persönlichkeits- und Lebenskonzept überall niederlassen
368 können, ohne dabei Diskriminierungen ausgesetzt zu werden.

369 **Nordhessen – ein guter Ort zum Leben**

371 Wenn wir in unsere Politik die Lebensplanung von jungen Menschen berücksichtigen können
372 wir eine Region werden, in die junge Menschen gerne ziehen, weil sie hier Perspektiven haben.
373 Dafür braucht es gute Arbeit, Toleranz, gut ausgebaute öffentliche Daseinsfürsorge und
374 Infrastruktur und vor allem ein lebendiges Gemeinschaftsleben. Das zu erreichen, muss

375 sozialdemokratische Politik sein.

376

377

378 **Begründung:**

379

380 Erfolgte mündlich.

Antragsspiegel, Bereich

A

ARBEIT & SOZIALES

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| A1 | Minijobs abschaffen! | Unterbezirk Fulda |
| A2 | Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren | Unterbezirk Fulda |
| A3 | Finanzelle Unterstützung bei privater Vollzeitpflege | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| A4 | Personalräte stärken! | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| A5 | Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| A6 | Ernährungsarmut bekämpfen – ALG II- u. Sozialhilfesätze deutlich anheben | Unterbezirk Werra-Meißner |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: A 1

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Minijobs abschaffen!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass Minijobs auf 450-Euro-Basis abgeschafft werden. Dies hätte
2 zur Folge, dass ArbeitnehmerInnen wieder sozialversicherungspflichtig angestellt werden, um
3 bei Arbeitslosigkeit und/oder im Alter finanziell abgesichert zu sein. Ausgenommen sind
4 SchülerInnen, Studierende sowie RentnerInnen.

5
6

7 **Begründung:**

8

9 450-Euro-Jobs führen dazu, dass immer mehr Menschen in so genannten geringfügigen
10 Beschäftigungsverhältnissen und damit nicht auf sozialversicherungspflichtiger Basis angestellt
11 werden. Die Folgen: Aufgrund nicht geleisteter Beiträge besteht dann bei Arbeitslosigkeit kein
12 Anspruch auf ALG I; es werden keine Krankenversicherungsbeiträge geleistet; und bei Eintritt
13 in die Rente droht aufgrund des zu geringen Rentenanspruchs der Absturz in Altersarmut.
14 Ökonomische Probleme werden dadurch nur verschoben und damit vergrößert; zudem sollte
15 die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit ohnehin ein selbstverständliches Interesse an der
16 Verhinderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse haben.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	A 2
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Fulda
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bundesweit ein unbeschränkter Kündigungsschutz für
2 ArbeitnehmerInnen eingeführt wird, die länger als 20 Jahre einem Betrieb zugehörig sind.

3
4

5 **Begründung:**

6

7 Wir leben in Zeiten, in denen eine Person in ihrem Leben oft ihren Arbeitsplatz wechselt.

8 Gerade in zunehmendem Alter wird es für diese Leute immer schwieriger einen neuen Beruf
9 nach einer Kündigung zu bekommen. Die SPD muss sich für diese Leute einsetzen!

10 Geschehen könnte dies zum Beispiel durch einen bundesweit einheitlichen Kündigungsschutz
11 für Arbeitnehmer, die einem Betrieb ununterbrochen und länger als 20 Jahre zugehörig waren.

12 Das BGB sieht im Moment für Arbeitnehmer im §622 Abs. 2 nur eine maximale
13 Kündigungsfrist von 7 Monaten vor. Eine Ausweitung – persönliches betriebsschädigendes
14 Verhalten natürlich ausgenommen – hätte nicht nur für die betreffenden Personen Vorteile,
15 sondern auch volkswirtschaftlich. Ältere Personen müssten sich im hohen Alter keine Sorgen
16 um ihren Arbeitsplatz machen, was bei vielen zu einer Stressentlastung führen könnte; für die
17 Volkswirtschaft würde dies sichere Arbeitsplätze und somit weniger eventuelle Sozialausgaben
18 bedeuten, die Mittel für andere Zwecke freimachen.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	A 3
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Finanzelle Unterstützung bei privater Vollzeitpflege

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Es soll eine finanzielle Unterstützung bei privater Pflege von kranken und alten
- 2 Familienangehörigen eingeführt werden.
- 3 Wenn ein Arbeitnehmer eine unbezahlte Beurlaubung von sechs bis 36 Monaten in Anspruch
- 4 nimmt, um sich der privaten Vollzeitpflege eines Familienangehörigen zu widmen, so soll dieser
- 5 Arbeitnehmer Sozialhilfeleistungen als Lebensunterhalt bekommen. Nach Ende der
- 6 Beurlaubung ist der Arbeitgeber verpflichtet den Arbeitnehmer wieder einzustellen.
- 7 Wenn der Arbeitnehmer sich entschließt seine berufliche Tätigkeit aufzugeben, um sich der
- 8 privaten Pflege eines Familienangehörigen voll und ganz zu widmen, so soll diese Person
- 9 volles Anrecht auf Arbeitslosengeld haben.

10

11

12 **Begründung:**

13

- 14 Durch diese neuen Pflegegesetze soll die private Pflege unterstützt werden und eine
15 Entlastung der Altenheime herbeigeführt werden. Dies ist mit Blick auf den zukünftigen
16 demographischen Wandel unbedingt nötig, denn die Pflege alter und kranker Menschen wird
17 immer häufiger notwendig werden und durch die Medizin werden Menschen immer älter,
18 dadurch wird diese Art von Unterstützung umso wichtiger. Die pflegenden Personen müssen
19 finanziell unterstützt werden, wenn sie sich entschließen zugunsten der gepflegten Person
20 ihren Beruf aufzugeben. Dieses Verhalten muss vom Staat gefördert werden. Dazu wird durch
21 diese Unterstützung eine Grundbedingung zur Förderung privater Vollzeitpflege gegeben.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	A 4
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Personalräte stärken!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Um die rechtliche Stellung der hessischen Personalräte endlich zu stärken und ihre Rechte
2 denen der Betriebsräte wieder anzupassen, werden vielfältige Änderungen im Hessischen
3 Personalvertretungsgesetz notwendig. Es müssen deshalb sowohl die Kollektivrechte der
4 Personalvertretung, als auch die Individualrechte der einzelnen Arbeitnehmer gestärkt werden.
5
6 Hierunter fallen insbesondere:
7
8 - Ein Initiativrecht der Personalvertretung im Bereich von personellen Einzelmaßnahmen wird
9 eingeräumt.
10 - Der Aufgabenbereich der Personalvertretung wird um das Aufgabengebiet der Förderung der
11 Vereinbarkeit von Familie und Beruf erweitert.
12 - Die Wiederherstellung von Mitbestimmungstatbeständen im Bereich von organisatorischen und
13 wirtschaftlichen Angelegenheiten.
14 - Die Arbeitnehmer erhalten ein Anhörungsrecht in sie betreffenden Entscheidungen (besonders
15 im Bezug auf Höhergruppierungen und Beförderungen). Für die Betroffenen soll so vor allem
16 auch eine höhere Transparenz erreicht werden.
17 - Die Arbeitnehmer verfügen über einen Rechtsanspruch auf Zuziehung eines
18 Personalratsmitgliedes oder Gewerkschaftsbeauftragten zu Gesprächen mit dem Arbeitgeber.
19
20

21 Die konkrete Ausgestaltung des neuen HPVG soll in enger Zusammenarbeit mit den
22 Gewerkschaften und den Personalvertretungen erfolgen.
23
24

25 **Begründung:**
26

27 Eine der ersten Amtshandlungen des damaligen frisch gewählten Ministerpräsidenten Roland
28 Koch bestand im Jahr 1999 darin, die Personalräte massiv zu schwächen und so Maßnahmen
29 gegen Arbeitnehmer zu erleichtern.
30

31 Dabei sollten in einer modernen Personalpolitik die Personalräte und die Arbeitnehmer in
32 Planungen, die sie betreffen, mit einbezogen und jedem Raum gegeben werden, Vorschläge zu
33 machen. Schließlich sind die Menschen, die in einem Betrieb oder einer Behörde arbeiten, der
34 wichtigste Faktor, ob die Abläufe funktionieren und für prägen die Außendarstellung. Behandelt
35 man diese nun wie Unmündige und bezieht sie nicht aktiv in das Geschehen und insbesondere
36 natürlich in Maßnahmen mit ein, die sie selber betreffen, demotiviert man die Arbeitnehmer auf
37 Dauer und erschwert die Identifikation mit dem Arbeitgeber.
38

39 Wichtig ist auch, die Regelungen des HPVG an die geltenden Regelungen für Betriebsräte

40 anpassen. So ist z.B. in § 82 Abs. 2 Satz 2 BetrVG schon heute ein Rechtsanspruch auf
41 Hinzuziehung eines Betriebsratsmitgliedes bei Gesprächen mit dem Arbeitgeber enthalten.
42 Bei allen angedachten Änderungen sind in größtmöglichem Maße die Gewerkschaften und die
43 Personalräte miteinzubeziehen, da diese aus den Erfahrungen in der Praxis beurteilen können,
44 welche Regelungen für deren Arbeit notwendig sind.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	A 5
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Es wird ein Kuranspruch zur Aufarbeitung von eventueller psychischer Traumata nach
2 mindestens einjähriger Vollzeitpflege eines Familienangehörigen eingeführt.

3
4

5 **Begründung:**

6
7

8 Nach dem Tod von Familienangehörigen, die gepflegt wurden, treten oft psychologische
9 Probleme und Traumata der pflegenden Angehörigen auf und Probleme beim Wiedereinstieg in
10 eine berufliche Tätigkeit, durch die eine Kur für die Angehörigen, die die verstorbene Person
11 gepflegt haben, notwendig ist.

12 Durch diese neuen Pflegegesetze soll die private Pflege unterstützt werden und eine
13 Entlastung der Altenheime herbeigeführt werden. Dies ist mit Blick auf den zukünftigen
14 demographischen Wandel unbedingt nötig, denn die Pflege alter und kranker Menschen wird
15 immer häufiger notwendig werden und durch die Medizin werden Menschen immer älter,
16 dadurch wird diese Art von Unterstützung umso wichtiger. Eine private Pflege ist eine sehr
17 große psychische Belastung für die pflegenden Personen. Gerade, um diese Menschen auch
18 nach dem Ende der Pflege zu unterstützen, muss die Gelegenheit für eine psychische
19 Nachbereitung gegeben werden, um diesen Menschen einen Wiedereinstieg in die
20 Gesellschaft (damit auch in den Beruf) zu ermöglichen. Also ist die anschließende (nach dem
21 Tod der zu pflegenden Person) Unterstützung der Angehörigen unbedingt notwendig.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: A 6

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressaten: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Ernährungsarmut bekämpfen – ALG II- u. Sozialhilfesätze deutlich anheben

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, für eine sofortige, deutliche Erhöhung der ALG II
2 Sätze einzutreten, um die grassierende Ernährungsarmut in Deutschland einzudämmen.
3
4

5 **Begründung:**

6
7 *„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen
8 Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung,
9 Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der
10 Lebensbedingungen.“*

11
12 *Uno Menschenrechtsabkommen, Pakt I (Sozialrechte), Art. 11 (1)*

13
14 *„Das Recht auf angemessene Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau
15 und jedes Kind, einzeln oder gemeinsam mit anderen, jederzeit physisch und
16 wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung hat.
17 Das Recht auf angemessene Nahrung darf daher nicht eng oder restriktiv im Sinne einer
18 Mindestration an Kalorien, Proteinen und anderen spezifischen Nährstoffen ausgelegt
19 werden.“*

20
21 *Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1999, Sachfragen im
22 Zusammenhang mit der Durchführung des internationalen Paktes über wirtschaftliche,
23 soziale und kulturelle Rechte.*

24
25 Ernährungsarmut und Mangelernährung sind in der Industrienation Deutschland längst wieder
26 an der Tagesordnung. Nicht nur, dass die „Tafeln“ ihr zwanzig jähriges Bestehen „feiern“
27 können bzw. müssen (bundesweit versorgen die Tafeln etwa 1,5 Millionen bedürftige Personen
28 mit Lebensmitteln; besonders alarmierend: mindestens ein Viertel davon sind Kinder und
29 Jugendliche). Auch um sich greifende Mangelernährung aufgrund der viel zu niedrigen
30 Sozialhilfesätze ist in Deutschland ein Thema.
31

32 Auf dem internationalen Kongress „Hidden Hunger“ an der Universität Hohenheim (6.-9. März
33 2013) wurde deutlich: „Hartz IV reicht nicht aus für eine gesunde Ernährung“ (Prof. H. K.
34 Biesalski, Leiter des Instituts für Biologische Chemie und Ernährungswissenschaften,
35 Universität Hohenheim, zit. nach FAZ vom 13.3.2013, S. N4). Dies hängt unter anderem damit
36 zusammen, dass die Faustregel gilt: billiges Essen ist nährstoffarm, teures Essen ist
37 nährstoffreich. Abwechslungsreiche gesunde Kost, die aus ernährungspsychologischer Sicht
38 auch schmecken muss, ist mit dem viel zu gering bemessenen ALG II-/Sozialhilfesatz nicht zu
39 finanzieren.

40 4,25 € pro Tag für einen Erwachsenen für Nahrung ist ein absurd niedriger Satz. Sicherlich
41 kann man damit eine Weile „gesättigt werden“, mittelfristig allerdings leben dauerhaft auf ALG II
42 und Sozialhilfe angewiesene Menschen gesundheitlich schlechter und langfristig auch mit einer
43 durchschnittlich schlechteren Lebenserwartung – eben auch aufgrund des Zwangs zur
44 Mangelernährung.

45
46 „Hartz IV Menüs“ wie sie der ehemalige Berliner Innensenator aufgestellt hat, katapultieren
47 Deutschland ernährungstechnisch zu mittelalterlichen Umgangsformen zurück. Dort wurde
48 ebenfalls zwischen „Herrenspeisen“ und „Bauernspeisen“ unterschieden, wobei die höheren
49 Schichten erlesene Speisen essen durften, während den unteren Schichten zugewiesen wurde,
50 was sie zu essen hatten.

51
52 Dazu kommt noch die zentrale soziokulturelle Komponente, die Essen und Trinken in der
53 Gesellschaft einnimmt. Wer kein Geld hat, andere von Zeit zu Zeit zum Essen und Trinken
54 einzuladen oder kein Geld hat, Veranstaltungen zu besuchen, auf denen Ausgaben für Essen
55 und Trinken unumgänglich sind, wird durch die übertriebenen Budgetrestriktionen dauerhaft ins
56 soziale Abseits gestellt. Hieran sieht man wieder einmal, dass eine Wiedereingliederung von
57 ALG II und Sozialhilfeempfänger bislang gar nicht ernsthaft fokussiert wird. Ebenso sollten
58 durch die stärkeren Sozialhilfesätze, EU-Bürgern ohne deutsche Staatsbürgerschaft besser
59 eingebunden werden. Gleiches Anrecht auf Essensmarken, Essensgeld etc. für alle EU-
60 Bürger, die in Deutschland leben.

B

BILDUNG

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| B1 | Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an hessischen Schulen | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| B2 | Bundesweite Schulstandards | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| B4 | Abschaffung der Studiengebühren | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| B5 | Keine Äpfel, sondern Geld! | Unterbezirk Kassel-Land |
| B6 | Inklusive Bildung in Hessen nicht nur als Leitbild, sondern als konkrete Handlungs- und Gestaltungsaufgabe von Institutionen und der in diesen tätigen Personen. | Unterbezirk Werra-Meißner |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	B 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Kassel-Stadt
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an hessischen Schulen

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Noch immer ist es in Hessen die Regel, dass in allen Schulen ein konfessionsgebundener
2 Religionsunterricht erteilt wird. Dies hat sich auch durch die Debatte um islamischen
3 Religionsunterricht nicht geändert, vielmehr hat man sich dazu entschieden, das Angebot an
4 evangelischer und katholischer Religion um das eines muslimischen Pendant zu ergänzen.
5 Der islamische Religionsunterricht wird mit dem Beginn des Schuljahres 2013/14 somit in
6 Hessen zu einem regulären Unterrichtsfach. Wir Jusos bedauern, dass hier eine Chance vertan
7 wurde, um das System des bekenntnisorientierten Religionsunterricht in Gänze zu hinterfragen
8 und entsprechend durch ein übergreifendes und nicht an Konfessionen und Bekenntnissen
9 orientiertes Fach zu schaffen.
10
- 11 Um Missverständnissen vorzubeugen, ist dies keine Kritik am islamischen Religionsunterricht.
12 Vielmehr geht es uns Jusos darum zu konstatieren, dass wir es für sinnvoller erachten ein
13 Fach, ob man es Ethik, Werte & Normen oder anders benennt, an hessischen Schulen zu
14 etablieren, statt im bisherigen Klein-Klein der unterschiedlichen Religionen zu verbleiben.
15 Deshalb fordern wir die Abschaffung jeglichen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in
16 Hessen. Wir wollen stattdessen ein Fach etabliert sehen, dass sich nach wissenschaftlichen
17 Kriterien mit ethischen und moralischen Fragen auseinandersetzt und die verschiedenen
18 Religionen dabei objektiv-vergleichend und gleich-gewichtet behandelt.
19
- 20 Wir tun dies aus der Überzeugung heraus, dass wir den Anspruch an eine Trennung von Staat
21 und Religion haben, den wir eingehalten sehen wollen. So ist es derzeit bspw. Praxis, dass
22 Religionslehrerinnen und -lehrer neben ihrer universitären Ausbildung auch eine
23 Eignungsprüfung durch kirchenadministrative Einrichtungen durchlaufen müssen, um die
24 Lehrbefähigung für den Religionsunterricht zu erhalten. Dies ist ein Eingriff in die staatliche
25 Bildungshoheit, zumal der Religionsunterricht im Selbstverständnis des hessischen
26 Kultusministeriums seinem Wesen nach eine „staatliche Veranstaltung“ darstellt.
27
- 28 Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass es den integrativen Charakter von Schule
29 schadet, wenn im Fach Religion eine Separation nach Glaubensbekenntnissen erfolgt. Wir
30 brauchen weder katholischen Religionsunterricht, der über den Islam aufklärt, oder einen
31 islamischen Religionsunterricht, der sich mit der Person Luther auseinandersetzt, noch einen
32 evangelischen Religionsunterricht, der eine Rückständigkeit des Katholizismus beschreibt.
33
- 34 Dies mag überspitzt dargestellt sein, doch sollen die gewählten Beispiele zeigen, dass es nicht
35 gut sein kann übereinander, statt miteinander zu reden. Durch das jetzige System der
36 Religionskunde an hessischen Schulen wird aber gerade der Ansatz des „übereinander
37 Redens“ fokussiert. Wir brauchen den Dialog der Religionen untereinander, aber auch einen
38 kritischen Dialog über Religion, geleitet von moralisch-ethischen Fragen über das Sein und das

39 Werden. Hierfür ist nach unserer Ansicht ein Fach Ethik oder Werte & Normen besser geeignet
40 als der konfessions- und bekenntnisorientierte Religionsunterricht.

41

42

43 **Begründung:**

44

45 Erfolgte mündlich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: B 2

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Bundesweite Schulstandards

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Es werden bundesweite Schulstandards eingeführt: gleichwertige Abschlussprüfungen,
2 Schulstoffangleichungen und eine kostenlose Erstausbildung gewährleistet.

3
4

5 **Begründung:**

6

7 In der heutigen Zeit müssen Arbeitnehmer flexibel sein und häufig auch von Bundesland zu
8 Bundesland umziehen. Damit die Kinder darunter nicht mehr als nötig leiden müssen, wenn
9 sich die gesamte schulische Situation ändert, müssen bundesweite Schulstandards eingeführt
10 werden.

11

12 Die Bildung von Kindern darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, sonst ist das recht
13 auf freie Entfaltung nicht mehr gegeben. Und es könnte zu einer weiter und größeren Trennung
14 der verschiedenen Sozialschichten geben.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: B 4

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Abschaffung der Studiengebühren

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, einen Vorschlag zu erarbeiten, der im
- 2 Grundgesetz das Recht auf kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule,
- 3 sicherstellt.
- 4
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7
- 8 Dass Diskussionen im 21. Jahrhundert darüber geführt werden, dass Bildung etwas kosten soll,
- 9 entspricht nicht dem Gedanken der Weiterentwicklung und Modernisierung unserer
- 10 Gesellschaft.
- 11 Bildung ist der Zugang zu sämtlichen wichtigen Angelegenheiten im Leben. Auch, weil sich der
- 12 Mensch durch seine Bildung definieren kann.
- 13 Als sozialdemokratische Partei Deutschlands ist es unsere Pflicht, uns für eine kostenlose
- 14 Bildung einzusetzen.
- 15 Bildung darf definitiv nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Und dass Studenten
- 16 Studiengebühren bezahlen müssen, bedeutet im Endeffekt nichts Anderes, als dass unser
- 17 System bewusst sozial schwache Menschen ausgrenzt und somit gar diskriminiert.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: B 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine Äpfel, sondern Geld!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Wir fordern die Kultusminister dazu auf, § 17, Abs. 2 Berufsbildungsgesetzes (BBIG) ersatzlos
2 zu streichen!

3
4

5 **Begründung:**

6
7 Der § 17, Abs. 2 ermöglicht es den Ausbildern ihren Auszubildenden die Ausbildungsvergütung
8 bis 75% in Sachleistungen zu Bezugswerten auszuzahlen. Dieses entmündigt die
9 Auszubildenden und schränkt sie in ihrer Verhaltensfreiheit ein.

10

11 „§ 17 Vergütungsanspruch

12

13 *(1) Ausbildende haben Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Sie*
14 *ist nach dem Lebensalter der Auszubildenden so zu bemessen, dass sie mit*
15 *fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.*

16

17 *(2) Sachleistungen können in Höhe der nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Vierten Buches*
18 *Sozialgesetzbuch festgesetzten Sachbezugswerte angerechnet werden, jedoch nicht über*
19 *75 Prozent der Bruttovergütung hinaus.*

20

21 *(3) Eine über die vereinbarte regelmäßige tägliche Ausbildungszeit hinausgehende*
22 *Beschäftigung ist besonders zu vergüten oder durch entsprechende Freizeit*
23 *auszugleichen.“.*

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	B 6
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Werra-Meißner
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz
<u>Betr.:</u>	Inklusive Bildung in Hessen nicht nur als Leitbild, sondern als konkrete Handlungs- und Gestaltungsaufgabe von Institutionen und der in diesen tätigen Personen.

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Wir fordern die SPD Hessen, im Falle einer Regierungsbildung auf, ihre Bemühungen um ein
2 inklusives Bildungssystem in Hessen zu forcieren.
3
- 4 Die Implementation konkreter Maßnahmen zur inklusiven Bildung erfordert das Bewusstsein der
5 in Bildungsinstitutionen tätigen Lehrenden, BetreuerInnen, PflegerInnen und ErzieherInnen für
6 Handlungsmaßnahmen, die im Zuge der Inklusion aller Menschen entstehen. Daher muss
7 bereits in der Ausbildung, durch eine Thematisierung in Lehrplänen, Curricula und
8 Studienordnungen eine Sensibilisierung für die Notwendigkeit der Inklusion aller Menschen
9 erfolgen.
10
- 11 Bildungsinstitutionen benötigen personelle und finanzielle Kapazitäten, für die im Zuge der
12 inklusiven Bildung aller Menschen notwendigen Maßnahmen (z. B. durch ausreichend
13 qualifizierte Fachkräfte oder zur Gestaltung eines barrierefreien Raumes). Darüber hinaus
14 sollten sie eigene Maßnahmepläne auf Grundlage eines landeseinheitlichen Aktionsplans
15 schaffen.
16
- 17 Die Gestaltung von Bildungsinstitutionen und der Ausbildung, der in diesen tätigen Personen,
18 obliegt dem Land. Daher sind Maßnahmen auf Landesebene zu treffen. Die Finanzierung
19 solcher Maßnahmen muss vom Land Hessen getragen werden, um eine einheitliche
20 Umsetzung in allen Regionen und auf allen Ebenen zu gewährleisten.
21
- 22 **Begründung:**
- 23 Die Maßnahmen der aktuellen Landesregierung sind auf keinen Fall ausreichend, um den
24 Anspruch der gleichgestellten, inklusiven Teilhabe aller Menschen in einer modernen
25 Gesellschaft gerecht zu werden. Personen, die in Bildungseinrichtungen tätig sind, sind nicht
26 ausreichend auf die Belange der UN-Behindertenrechtskonvention geschult. Um das
27 Bewusstsein für die Notwendigkeit der Inklusion aller Menschen in Bildungseinrichtungen zu
28 schaffen, ist es unabdingbar, künftig die in Bildungseinrichtungen Tätigen in der Ausbildung mit
29 diesem Thema zu konfrontieren und Weiterbildungsmaßnahmen für die bereits mit einem
30 Bildungs-/Betreuungsauftrag ausgestatteten Personen anzubieten. Es können aber nicht alle
31 Belange durch die bereits Tätigen Personen erfüllt werden. Die Einstellung von Spezialisten, die
32 sich um die Bedürfnisse von benachteiligten (egal in welcher Form) Menschen kümmern,
33 ist ebenso notwendig.

E

EUROPA & INTERNATIONALES

- | | | |
|----|--|--|
| E1 | Für den Frieden und gegen Gewalt! –
Waffenexporte aus Deutschland und der
EU stoppen | AK Europa-Internationales-Frieden
des Bezirksvorstandes |
| E2 | Für eine solidarische Entwicklungs-
zusammenarbeit auf Augenhöhe | Unterbezirk Kassel-Stadt |

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk

Antrag: E 1

Antragsteller: AK Europa-Internationales-Frieden des Bezirksvorstandes

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für den Frieden und gegen Gewalt! – Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Die deutsche Volkswirtschaft ist traditionell eine exportorientierte. In vielen Bereichen sind
2 deutsche Produkte weltweit stark nachgefragt. Mittlerweile gehören zu einer solchen Gruppe
3 auch Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland ist zum weltweit drittgrößten Exporteur von
4 Rüstungs- und Kriegsgütern geworden. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ein
5 alarmierendes Zeichen, auch für den Wandel des außenpolitischen Selbstverständnisses der
6 Bundesrepublik Deutschland.
7
- 8 War dieses Selbstverständnis nach den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts von
9 einer Zurückhaltung geprägt, hat es sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der
10 Teilung Deutschlands einem immer stärkeren Wandel unterzogen. Der Politikwissenschaftlicher
11 Herfried Münkler spricht dabei auch von Deutschland als mittlerweile „selbstbewusster
12 Mittelmacht“. Zwar mag Münklers Grundthese, nach der Deutschland seine Außenpolitik vor
13 allem an den Prämissen eines soft-power-Ansatzes orientiert, trotz vieler internationaler
14 militärischer Einsätze in den letzten Jahren und Jahrzehnten, immer noch zutreffend sein, doch
15 zeigen gerade solche Einsätze auch, dass auch hier die deutsche Außenpolitik einen
16 fortwährenden Wandel vollzieht.
17
- 18 Ausdruck dieses Wandels ist auch die zunehmende Zahl an Exporten von Waffen- und
19 Kriegsgütern. Mischt Deutschland insofern zwar nicht immer als Akteur unmittelbar in (z.T.
20 bewaffneten) Konflikten mit, so bezieht es durch das Exportieren von Waffen dennoch
21 Positionen.
22
- 23 Wir als Jusos sind zudem sehr empört darüber, dass der neue bundesrepublikanische Ansatz
24 in der Außenpolitik nicht mehr nur auf rein politischen Erwägungen beruht, sondern zunehmend
25 vor allem auch wirtschaftliche Ziele im Mittelpunkt stehen. Die deutsche Volkswirtschaft im
26 Gesamten profitiert von dem Export von Waffen und Kriegsgütern über Maßen. Wir als Jusos
27 sehen es sehr kritisch, dass wir unseren Wohlstand zunehmend auch durch den Verkauf
28 totbringender Waren erwirtschaften.
29
- 30 Wir Jusos stehen zu einer friedensicherenden und antimilitaristischen Außenpolitik. Unser
31 außenpolitisches Mittel ist die Diplomatie und die Förderung von Frieden weltweit. Die
32 Verschärfung von manifesten, oder auch latenten Konflikten durch die Lieferungen von Waffen
33 in Krisenregionen ist daher aufs Schärfste zu verurteilen. Wir fordern daher als
34 Sofortmaßnahme endlich mehr Transparenz und Kontrolle bei Waffenexporte. Diese müssen
35 wir über eine ausgeweitete parlamentarische Beteiligung in der Frage von
36 Exportentscheidungen sicherstellen. Der Deutsche Bundestag muss über die Entscheidung

37 über die Auslieferung von Waffen stimmberechtigt eingebunden werden. Die Überwachung der
38 deutschen Ausfuhrregelungen erachten wir zudem als unzureichend und fordern daher die
39 Bundesregierung auf, die bisherigen Regelungen und den Endverbleib insbesondere von
40 Kleinwaffen stärker zu überwachen.

41
42 Darüber hinaus fordern wir als Jusos die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu auf, sich
43 gemeinsam auf striktere Exportregelungen zu einigen. Die EU muss ihrem
44 Friedensversprechen nach Innen auch endlich sichtbar nach Außen gerecht werden!

45
46 Den Schlüssel zu einer erfolgreichen und durchsetzungsfähigen exportbeschränkenden Politik
47 im Bereich der Waffenexporte, sehen wir Jusos in der Schaffung von Anreizen zur Konversion
48 bestehender Rüstungsproduktion auf zivile Güter. Hierzu sollten von staatlicher und
49 europäischer Seite Anreizprogramme für die Wirtschaft initiiert werden, die sich zum Ziel setzen
50 die in diesem Wirtschaftsbereich bestehenden Beschäftigungsverhältnisse auch nach der
51 Einführung von Exportbeschränkungen zu sichern.

52
53 Frieden ist ein Wert, der uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten besonders verpflichtet.
54 Wir dürfen deshalb nicht länger zusehen, wie sich reiche Industrienationen, wie Deutschland,
55 mit dem Export von Kriegsgütern zu Lasten vieler krisenbetroffener Regionen und deren
56 Menschen, die nicht in Frieden leben, bereichern.

57
58 Internationale Solidarität heißt, sich offensiv für den Frieden stark zu machen und entsprechend
59 den Entwicklungen, die diesem Ziel entgegenstehen, entschieden entgegen zu treten!

60

61

62 **Begründung:**

63

64 Erfolgte mündlich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: E 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Die deutsche Entwicklungspolitik in der Kritik

2
3 Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit wird durch eine große Anzahl von
4 Akteuren beeinflusst. Zu diesen Akteuren zählen vor allem die internationalen Organisationen
5 (Weltbank, IWF, die UN-Organisationen) aber auch die Entwicklungsorganisationen (z.B.
6 Ministerien, Durchführungsorganisationen) und Forschungseinrichtungen. Diese Vielzahl an
7 Akteuren bestimmt, was als Entwicklung anzusehen ist und wie sie zu erreichen ist und sie gilt
8 es entsprechend bei unserem entwicklungspolitischen Vorgehen zu berücksichtigen.

9
10 Das Signal und der Anspruch des Begriffswandels, von Entwicklungshilfe zu
11 Entwicklungszusammenarbeit, ist, dass die Gleichwertigkeit der Geber- und Nehmerländer
12 gegeben sein muss. Die Zeiten der Almosen von Nord nach Süd sind damit vorbei. Dieser
13 Paradigmenwechsel ist richtig und muss noch stärker in die Entwicklungszusammenarbeit und
14 deren Wahrnehmung einbezogen werden.

15
16 Der Strategiewechsel in der deutschen Entwicklungspolitik unter dem Entwicklungsminister Dirk
17 Niebel (FDP), der dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
18 (BMZ) als Fachminister vorsteht, wird von uns Jusos hingegen stark kritisiert. Ein
19 Hauptkritikpunkt an Niebels Entwicklungspolitik bezieht sich dabei auf die starke
20 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Hilfsorganisationen (Terre des Hommes,
21 Welthungerhilfe etc.) fürchten zu Recht, dass es primär um Wirtschaftsinteressen im Rahmen
22 der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geht. Diese Besorgnis wird durch die Tatsache
23 verschärft, dass nicht nur die seit den 1990er Jahren existierenden Privat-Public-Partnerships
24 (PPP) verstärkt weitergeführt werden, sondern u.a. auch eine Servicestelle für die
25 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eingerichtet wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass
26 Unternehmen nur dort Investitionen tätigen, wo eine ausgebaute Infrastruktur und
27 Rechtssicherheit besteht, liegt auf der Hand. Dies bedeutet aber schlichtweg, dass
28 insbesondere fragile Staaten in Afrika selbst von solch einer Kooperation ausgeschlossen
29 bleiben. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Die Unternehmen wollen in erster Linie Geld
30 verdienen und Ressourcen sowie die Arbeitskräfte vor Ort ausbeuten. Dementsprechend ist ihr
31 Eigeninteresse kapitalistisch begründet und besteht nicht in der Förderung bzw. Verwirklichung
32 einer gerechteren Gesellschaft. Perfide ist zudem die Begründung für vermehrte PPP-
33 Förderung. So seien sie angeblich kostengünstiger und stärken den Wirtschaftsstandort
34 Deutschland global. So brüstet sich der liberale Minister, dass auf jeden „investierten“ Euro
35 1,40€ nach Deutschland zurückfließen würde. Hier verkommt Entwicklungszusammenarbeit in

36 bloßer Außenhandelsförderung. Ob die PPP-Förderung den Menschen vor Ort entsprechend
37 wirklich hilft, bleibt dabei mehr als fraglich.

38
39 Deutlich wird zudem, dass die deutsche Entwicklungspolitik unter Führung des FDP-Politikers
40 Niebel sich vorwiegend auf einen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung, nämlich der Wirtschaft,
41 beschränkt und die anderen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung (Soziales, Ökologie)
42 stark vernachlässigt. Folglich werden die Bereiche Soziales und Ökologie (Bildung,
43 Gesundheits- und Wasserversorgung etc.) dem Wirtschaftsaspekt untergeordnet.
44 Dementsprechend versagt Niebels Entwicklungspolitik vollkommen, wenn es darum geht,
45 wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit Ressourcengerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit
46 zu bringen. Vor allem unterschätzt diese Art der Entwicklungspolitik, welche entscheidende
47 Rolle die Erzielung von sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens
48 hat.

49
50 Die Stärkung des Friedens durch Entwicklungszusammenarbeit wird zudem durch die stärkere
51 Vernetzung von Militär und Entwicklungszusammenarbeit konterkariert. So fördert das Haus
52 Niebel in einer seiner Förderlinien in Afghanistan nur NGOs, die auch zu einer Kooperation mit
53 dem Militär bereit sind. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der kolumbianischen
54 Regierung in der Region Macarena, die durch militärische Einsätze wieder das Gewaltmonopol
55 über die Region erlangen möchte. Wir Jusos lehnen die Einmischung der deutschen
56 Entwicklungszusammenarbeit in innerstaatliche Konflikte sowie die Unterstützung des Militärs
57 durch die Entwicklungszusammenarbeit ab. Entwicklungszusammenarbeit hat den Anspruch
58 die Welt gerechter zu machen und keine vermeindliche Entwicklung durch Waffengewalt
59 herzustellen.

60
61 Die internationale Staatengemeinschaft hat sich darauf verständigt, dass die Industrieländer
62 0,7% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit jährlich zur Verfügung stellen sollen.
63 Dieses Ziel soll bis 2015 erreicht werden. Doch sind wir hiervon derzeit weit entfernt. Momentan
64 wendet Deutschland gerade einmal 0,4% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit auf.
65 Wir fordern daher zudem schnellstmöglich die schrittweise Anhebung des Budgets, um das
66 0,7%-Ziel 2015 tatsächlich erreichen zu können. Diese Zielsetzung wird durch die kürzlich
67 getroffenen Entscheidungen ad absurdum geführt. Statt einer graduellen Anhebung des BMZ-
68 Etats wurde dieser weiter gekürzt. Der Bundestag beschloss Ende letzten Jahres gegen die
69 Stimmen der SPD sowie anderer Oppositionsparteien die Kürzung des BMZ-Etats. Für das
70 Haushaltsjahr 2013 verfügt das BMZ nun über knapp 6,3 Milliarden Euro. Im Vergleich zum
71 Vorjahr bedeutet dies eine Kürzung des Etats um 87 Millionen Euro. Es ist für uns schlichtweg
72 inakzeptabel, dass die Bundesregierung nicht bereit ist einen so geringen Anteil unseres
73 jährlich erwirtschafteten Vermögens zur Verfügung zu stellen, um den Menschen in weniger
74 entwickelten Ländern eine bessere Perspektive zu verschaffen. Die Erreichung des 0,7%-Ziels
75 verkommt unter der schwarz-gelben Koalition somit zur Utopie. Unser Wohlstand bildet eine
76 Pflicht zur Umverteilung, sowohl national, wie auch international.

77
78 Unser Ansatz für eine gute Entwicklungszusammenarbeit muss eine Weltgesellschaft sein, in
79 der Hunger, Elend und Armut zur Geschichtserzählung und nicht zur Gegenwartsbeschreibung
80 gehört. Den Wohlstand, den wenige Millionen Menschen auf der Welt genießen und das Elend
81 (Unterernährung & Hunger, Krieg & Verfolgung, Krankheit oder Analphabetismus) in dem
82 Milliarden Menschen leben, verpflichtet uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zu
83 einem klaren Bekenntnis zur globalen Umverteilung und zu einer nachhaltigen
84 Entwicklungszusammenarbeit.

85
86 Unser Ziel ist eine gerechtere Welt, in der sich alle auf Augenhöhe begegnen und jeder Mensch
87 die elementarsten Dinge zum Leben vorfindet. In der Tradition eines internationalistischen
88 Richtungsverbandes fühlen wir uns als Jusos zur Solidarität mit den Schwachen und
89 Benachteiligten weltweit verpflichtet und kämpfen hierfür auch bei uns vor Ort!

90
91

92 **Begründung:**

93

94 **Ausgangslage: Von Entwicklungshilfe zu Entwicklungszusammenarbeit**

95

96 Der Entwicklungsbegriff befand bzw. befindet sich im Wandel, da es sich hierbei nicht um einen
97 allgemeingültigen Begriff handelt. Vielmehr ist der Begriff Entwicklung abhängig von
98 individuellen und kollektiven Wertvorstellungen. In den 1950er und 1960er Jahren basierten
99 entwicklungspolitische Maßnahmen auf modernisierungstheoretischen Annahmen. Alle unter
100 der Modernisierungstheorie subsumierten Theorien gehen von einer nachholenden Entwicklung
101 der Entwicklungsländer aus. Für die Vertreterinnen und Vertreter der Modernisierungstheorien
102 liegen die Ursachen für Unterentwicklung in den endogenen Faktoren, d.h. in den
103 soziokulturellen Faktoren. Demzufolge kann Unterentwicklung durch die Übernahme westlicher
104 Wertemuster und die Weltmarktintegration überwunden werden. Das Konzept *Entwicklung*
105 *durch Wachstum* war geprägt von der modernisierungstheoretischen Prämisse, dass das
106 erzielte Wachstum auch die ärmsten Bevölkerungsteile eines Landes erreichen bzw. zu ihnen
107 durchsickern würde (Trickle-Down-Effekt). Im Laufe der 1960er Jahre zeichnete sich ab, dass
108 sich der erstrebte Trickle-Down-Effekt nicht herausstellen würde.

109

110 In den 1960er Jahren und 1970er Jahren erhielten die Dependenztheorien Einzug in die
111 entwicklungspolitischen Debatten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Dependenztheorien
112 sahen den Grund für Unterentwicklung erstrangig in den externen Faktoren. Der Grund für die
113 Unterentwicklung, lag für sie somit nicht in den gesellschaftlichen Strukturen der
114 Entwicklungsländer, sondern vielmehr in der Integration der Entwicklungsländer (Peripherie) in
115 den von den Industrieländern (Zentrum) dominierten Weltmarkt. Jedoch vermochten die
116 Dependenztheorien nicht, einen fundamentalen Wandel des Entwicklungsdiskurses
117 herbeizuführen. Auch wirtschaftliche Erfolge der ostasiatischen Länder, die den Weg einer
118 nachholenden Entwicklung durch eine weltmarktintegrative Entwicklungsstrategie realisierten,
119 riefen das Scheitern der Dependenztheorien hervor.

120

121 Mit Beginn der Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre wurden die
122 Strukturanpassungsprogramme (SAPs) zum Leitbild der Weltbank-Politik gegenüber ihren
123 Kreditnehmerländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Weltbank und der Internationale
124 Währungsfonds (IWF) vollzogen mit den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) einen
125 neoliberalen Kurswechsel. Die internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und IWF)
126 verbanden mit den SAPs das Ziel die Zahlungsfähigkeit und die Kreditwürdigkeit der
127 Entwicklungsländer wiederherzustellen. Die Maßnahmen im Rahmen der SAPs waren vor allem
128 die Entstaatlichung der Wirtschaft, Handelsliberalisierung, Währungsabwertung sowie die
129 Stabilisierung der Staatsfinanzen durch Entlassungen im öffentlichen Dienst, Streichungen von
130 Subventionen bei Grundnahrungsmitteln und Einschnitte bei den Ausgaben für Bildung und
131 Gesundheit.

132

133 Die in den Folgejahren zunehmende Ressourcenknappheit, der augenscheinliche Klimawandel,
134 die Zunahme der Naturkatastrophen aber auch die Ausbreitung der globalen Armut, ließen eine
135 verbesserte Kooperation der Industrie- und Entwicklungsländern als Notwendigkeit erscheinen.
136 Im Laufe der Zeit hat eine Hinwendung zu einem ganzheitlicheren Entwicklungsbegriff
137 stattgefunden. Seit Ende der 1980er Jahren ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung das
138 Entwicklungsparadigma der UN. Bei der nachhaltigen Entwicklung handelt es sich um ein
139 mehrdimensionales Entwicklungskonzept. Dementsprechend werden nicht nur ökonomische
140 Belange, sondern auch ökologische (verantwortungsvolles Ressourcenmanagement) und
141 soziale Belange (Armutsbekämpfung) als bedeutend für die Förderung von
142 Entwicklungsprozessen gesehen. Darüber hinaus entwickelte des Entwicklungsprogramm der
143 UN (United Nations Development Program, UNDP) in den 1990er Jahren den Human
144 Development Index (HDI). Anhand von den Indikatoren Lebenserwartung, Alphabetisierungs-
145 und Einschulungsrate und der realen Kaufkraft, wird Entwicklung definiert. Mit dem
146 Nachhaltigkeitskonzept als auch dem Konzept der menschlichen Entwicklung findet prinzipiell
147 eine Abwendung von der einseitigen Orientierung auf die Wirtschaftsleistungen statt. Mit den

148 Konzepten der nachhaltigen Entwicklung und der menschlichen Entwicklung ist ebenfalls die
149 Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Debatten gerückt. Insbesondere
150 die Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs)
151 im Jahr 2000 zeigen die Fokussierung auf die Lösung globaler Problemlagen, insbesondere der
152 Reduzierung der Armut weltweit, welche die Kooperation zwischen Industrie- und
153 Entwicklungsländern notwendig macht.

154
155 Die Hinwendung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, d.h. zu einem
156 Partnerschaftsdiskurs, zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens,
157 wird vor allem durch die Verabschiedung der Paris-Deklaration deutlich. Im Jahr 2005
158 verabschiedeten die Entwicklungsministerinnen und -minister der Länder des globalen Nordens
159 und des globalen Südens sowie die Vertreterinnen und Vertreter der internationalen
160 Entwicklungsorganisationen in Paris die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der
161 Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Eine zentrale Forderung der Paris-Deklaration ist, dass
162 sich die sogenannten Industrie- und Entwicklungsländer auf gemeinsame Prinzipien und
163 Regeln der internationalen Entwicklungskooperation einigen, die der Effektivität der
164 internationalen Entwicklungszusammenarbeit zuträglich sein sollen. Im Jahr 2008 fand erneut
165 eine Konferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra statt, auf der die
166 Bedeutung der Menschenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit und des Umweltschutzes für
167 eine erfolgreiche EZ hingewiesen wurde. Im Jahr 2011 wurde auf einer weiteren Konferenz zur
168 Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea) die Notwendigkeit, eine
169 *globale Partnerschaft für Entwicklung* zu schaffen, betont.

170
171 Deutlich wird hieran, dass im Bereich der Entwicklungspolitik offiziell die partnerschaftliche
172 Zusammenarbeit zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens eine prominente
173 Rolle einnimmt. Mittlerweile ist auch der Begriff der Entwicklungshilfe im amtlichen
174 Sprachgebrauch durch den Begriff der Entwicklungszusammenarbeit ersetzt worden. Unter
175 Entwicklungshilfe wurden alle entwicklungsbezogene Leistungen im Sinne von 75 finanzieller
176 Hilfe (z.B. Kredite) oder technischer Hilfe (Entsendung von Experten und Beratern) und
177 Warenhilfe aus den Industrieländern für die Entwicklungsländer von Seiten staatlicher Akteure
178 und nicht-staatlicher Akteure (z.B. Wirtschaft, Kirchen) verstanden. Heute wird von Seiten
179 entwicklungspolitischer Akteure, wie dem BMZ, darauf hingewiesen, dass die Länder, mit
180 denen man sich in entwicklungspolitischer Zusammenarbeit befindet, nicht als Empfänger von
181 Hilfsleistungen, sondern vielmehr als gleichberechtigte Partner betrachtet werden, mit denen
182 man gemeinsam die Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit festlegt. Mit dem
183 Begriff der Entwicklungszusammenarbeit soll somit die partnerschaftliche Zusammenarbeit
184 betont werden.

F

FINANZEN & WIRTSCHAFT

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| F1 | Einführung einer Reichensteuer von 75 Prozent | Unterbezirk Fulda |
| F2 | Spekulationsverbot auf Währungen und Länder | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| F4 | Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen! | Unterbezirk Kassel-Land |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: F 1
(zur weiteren Bearbeitung überwiesen an den
Bezirksvorstand)

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-
Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag; SPD-
Bundestagsfraktion

Betr.: Einführung einer Reichensteuer von 75 Prozent

Die Bezirkskonferenz hat zur weiteren Bearbeitung an den Bezirksvorstand überwiesen:

1 Die SPD setzt sich bei einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im Bund für die Einführung
2 eines Reichensteuersatzes von 75 Prozent auf den ersten Euro ab einem
3 Bruttojahreseinkommen ab 150.000 € pro Kopf ein.

4
5

6 **Begründung:**

7
8 In einem Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht,
9 müssen wir finanziell Bessergestellte dazu verpflichten, einen fairen Anteil zum Gemeinwohl
10 beizutragen um dadurch der finanziellen Überlastung des Sozialstaates entgegen zu wirken.
11 Wir dürfen nicht zulassen, dass auf der einen Seite Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen,
12 nicht von ihrem Lohn leben und ihre Familien alleine versorgen können, und andere sehr
13 vermögende Personen unseren Sozialstaat, von welchem sie wohl wissentlich profitieren bzw.
14 profitiert haben, später ausnützen, um in eine soziale Ignoranz zu verfallen.
15 Wenn nötig, erfolgen zusätzliche Erklärungen mündlich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: F 2
(zur weiteren Bearbeitung überwiesen an den
Bezirksvorstand)

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-
Bundesparteitag

Betr.: Spekulationsverbot auf Währungen und Länder

Die Bezirkskonferenz hat zur weiteren Bearbeitung an den Bezirksvorstand überwiesen:

1 Spekulationen auf Währungen und Ländern verboten werden mit Ausnahme der Wechselkurs-
2 risikoabsicherung. Des Weiteren sollen ebenfalls Spekulationen auf Grundbedürfnisse verboten
3 werden, dies beinhaltet Nahrung, Wasser und Strom.

4
5

6 **Begründung:**

7

8 Durch Spekulationen auf Ländern und Währungen werden die Zinssätze von Länder und der
9 Wechselkurs von Währungen verschlechtert. Durch die Verschlechterungen verliert der Euro
10 an Wert und Länder wie beispielsweise Griechenland müssen höhere Zinsen auf ihre Schulden
11 bezahlen. Um den Euro zu stabilisieren und schwache Euro-Länder zu unterstützen, müssen
12 diese Arten von Spekulationen verboten werden.

13

14 Die Spekulationen der auf Grundbedürfnisse gehören verboten, da es Menschenleben kostet.
15 Wenn Aktionäre den Preis für Nahrung in die Höhe treiben, um möglichst hohe Gewinne zu
16 erzielen, dann können arme Menschen, meist in Afrika lebende, sich nichts mehr zu Essen
17 leisten und müssen verhungern. Die Preise für Grundbedürfnisse sollten nur vom natürlichen
18 Markt (Preisbildung durch Angebot und Nachfrage) und nicht von Börsen und Aktionären
19 bestimmt werden, dann diese Leute denken an sich und nicht an kleine Kinder in Afrika. Jeder
20 Mensch hat ein Anrecht auf seine Grundbedürfnisse und diese muss er sich auch leisten
21 können.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	F 4
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Kassel-Land
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Bund und Ländern haben den Kommunen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Aufgaben
2 übertragen, die diese häufig vor finanzielle Hürden stellt. Die Garantie auf einen U3-
3 Betreuungsplatz ist nur ein Beispiel hierfür. Hinzu kommt, dass viele Kommunen auch ohne
4 diese weitere Aufgaben kaum in der Lage waren, ihren Aufgaben nachzukommen, von
5 freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen. Viele retteten sich unter den Kommunalen
6 Rettungsschirm der Landesregierung. Wir lehnen eben diesen ab, da er die kommunalen
7 Parlamente entmündigt und ihnen jeglichen Spielraum nimmt. Die miserable finanzielle
8 Situation der Kommunen ist eben nicht hausgemacht, es fehlt den Kommunen an Einnahmen.
9 Auch wir Jusos fordern stets neben dem Blick auf die Ausgaben den Blick auf die Einnahmen.
10 Allerdings kann das nicht bedeuten, dass Steuern, Abgaben und Gebühren ohne Rücksicht auf
11 die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betroffenen erhoben werden. Ein Beispiel hierfür ist die
12 Pferdesteuer, die nun viele -allen voran finanzschwache- Kommunen planen einzuführen bzw.
13 es bereits getan haben.

14
15 Um den Menschen die Möglichkeit zu geben ihr Umfeld selbstbestimmt zu gestalten, sind
16 starke Kommunen notwendig. Wir fordern daher die neue hessische Landesregierung und die
17 neue Bundesregierung dazu auf, die kommunale Finanzierung auf neue Beine zu stellen. Eine
18 Möglichkeit könnte eine sozialgerechte Einnahmenerhöhung des Bundes sein, die auf Länder
19 und Kommunen umverteilt wird. Den betroffenen Kommunen müssen mehr Zuschüsse gezahlt
20 werden. Von der neuen hess. Landesregierung fordern wir, dass alle Bundesmittel, die
21 Kommunen und ländlichen Raum dienen sollen, ohne Managementaufwendungen durchgeleitet
22 werden.

23
24

25 **Begründung:**

26
27 Erfolgte mündlich.

G

GESELLSCHAFTS- & INNENPOLITIK

G1	Genderpolitik in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft (Resolution)	Unterbezirk Kassel-Stadt
G2	Anti-Mobbing-Gesetz	Unterbezirk Fulda
G3	Änderung der denkmaltechnischen Prinzipien zum Erhalt historischer Ortskerne	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
G4	Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
G5	Legalisierung von Marihuana als Genussmittel	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
G6	Telefonbetrügern das Handwerk legen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
G7	Für eine artgerechte Tierhaltung	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
G8	Lebensmittelsiegel	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	G 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Kassel-Stadt
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag
<u>Betr.:</u>	Genderpolitik in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft (Resolution)

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Unsere Gesellschaft verändert sich stetig und individuelle Präferenzen differenzieren sich
2 weiter aus. Zudem drückt sich grundrechtlich garantierte Freiheit, und somit ein elementares
3 Menschenrecht, auch in Form neuer Lebensmodelle und individuellen
4 Persönlichkeitskonzepten aus. Soziologisch betrachtet leben wir im 21. Jahrhundert in einer
5 sich immer stärker ausdifferenzierenden und sich stärker individualisierenden Gesellschaft.
6 Klassische Antagonismen verlieren somit scheinbar an Wirkungsmacht und verstärken sich
7 hierdurch aber im Zweifel sogar noch! Dies wird sehr offensichtlich im Bereich der
8 Geschlechterpolitik. Welche Anforderungen wir deshalb als nordhessische Jusos an eine
9 zeitgemäße Gesellschaftspolitik stellen ist daher Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen:

10
11 **Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht!**

12
13 Das Geschlecht eines Menschen lässt sich über zwei Wege und in der Kombination aus bei
14 den als Persönlichkeitsmerkmal beschreiben. Wir neigten in der Vergangenheit dazu,
15 Geschlecht vor allem anhand biologischer Merkmale (sex) zu definieren. So ging der
16 Mainstream davon aus, dass uns die Natur eine Bipolarität der Geschlechter vorgibt. Dass aber
17 auch die Natur nicht schwarz-weiß zu denken ist, sondern es auch hier eine Fülle an
18 Graustufen gibt, lässt dieses Konzept der zwei Geschlechter aber schlicht außen vor. Hinzu
19 kommt, dass wir Geschlecht auch immer als sozialisiertes Geschlecht (gender) zu verstehen
20 haben. So vermittelt Gesellschaft anhand der scheinbaren Naturgegebenheit Rollenmuster, die
21 zu einer Norm der Weiblich- und Männlichkeit stilisiert wurden und werden. Aus dieser
22 Feststellung heraus zog sich die Konfliktlinie der klassischen Geschlechterpolitik bzw. des
23 Feminismus zwischen Frauen, als benachteiligtes auf der einen, und Männern, als
24 dominierendes Geschlecht auf der anderen Seite. Dies ist die Grundannahme, wenn von
25 „klassischen Antagonismen“ gesprochen wird. Der Ansatz, auch unserer jungsozialistischen
26 Geschlechterpolitik war und ist deshalb, das benachteiligte weibliche Geschlecht durch gezielte
27 Maßnahmen zu stärken und so die Benachteiligungen gegenüber Männern abzubauen. Dieser
28 Politikansatz hatte seine Berechtigung und hat dies, aufgrund der sozialisierenden Wirkung von
29 Geschlecht, auch immer noch (s.u.). Trotzdem müssen wir aber auch feststellen, dass sich der
30 klassische Gegensatz der zwei Geschlechter immer weiter aufweicht und durch neue Konflikte
31 und Konfliktlinien ersetzt wird.

32
33 Der heteronorme Geschlechtsansatz der zwei Geschlechter hatte schon immer die
34 Schwachstelle, dass es Zwischenformen nie genügend Aufmerksamkeit widmete. Ein
35 Fortschritt unserer modernen und weltoffenen Gesellschaft ist aber gerade, dass wir heute
36 selbstverständlich Abwandlungen von klassischen Geschlechtskonzepten akzeptieren, auch
37 aufgrund von den emanzipatorischen Leistungen von benachteiligten Gruppen, wie bspw. der
38 Queer-Community, die sich seit den 70er Jahren immer weiter in das öffentliche Bewusstsein

39 vorarbeiten konnte und so weitere Formen der Benachteiligungen sichtbar machte, die es zu
40 beseitigen gilt.

41

42 **Heteronormativität der Zwei-Geschlechtlichkeit**

43

44 Konkret gefasst bedeutet die Ausdifferenzierung persönlicher Geschlechtskonstruktionen, dass
45 diese sich nicht in die Zwei-Geschlechtlichkeit pressen lassen und insofern Menschen, die für
46 sich ein anderes Selbstverständnis beanspruchen, von der Heteronormativität des, aus dem
47 biologischen Geschlecht abgeleiteten Konzepts, strukturell benachteiligt werden. Hinzu
48 kommen weitere individuelle Diskriminierungen durch die Gesellschaft bzw. Mitgliedern unserer
49 Gesellschaft. Abweichungen von der Heteronorm werden entsprechend als Abnormalität
50 identifiziert und somit diskreditiert. Eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik, der wir uns als
51 Jusos verschreiben, muss entsprechend dafür Sorge tragen, dass wir Benachteiligung und
52 Diskriminierung durch unser Handeln helfen abzubauen. Hierzu ist es notwendig, dass wir die
53 Vielfalt der Geschlechter anerkennen und nicht versuchen uns weiter auf die Bipolarität der
54 Geschlechter zu versteifen. Unser Politikansatz ist der einer Anerkennung aller Formen von
55 Geschlecht, begonnen beim klassischen Mann-Frau-Ansatz, über Inter- und Transsexualität,
56 bis hin zur Negation jeglichen Geschlechts. Wir tun dies auch aus der Überzeugung heraus,
57 dass wir es für unwürdig halten Menschen in ein bestimmtes Konzept hinein zu sozialisieren.
58 Die Vermittlung von normensprechenden Geschlechtsmerkmalen als Erziehungsgrundsatz
59 lehnen wir deshalb ab. In diesem Zusammenhang können wir uns, als fortschrittlicher
60 Jugendverband, nur darüber wundern, dass in der Erziehungswissenschaft bspw. gerade
61 Diskussionen über geschlechtsbezogene Bildungskonzepte geführt werden, die sich an den
62 klassischen Geschlechtskategorien orientieren. Gerade diese Diskussion zeigt uns, wie wichtig
63 es ist, einen individualisierten Bildungsansatz zu propagieren und einen solchen, an das
64 einzelne Individuum orientierten, Ansatz darüber hinaus zum Grundstein unseres
65 gesellschaftspolitischen Handelns zu machen.

66

67 **Postgendergesellschaft?**

68

69 Die voranstehenden Ausführungen führen bei einigen schnell zu dem Schluss, dass wir in einer
70 Postgendergesellschaft leben, in der das Geschlecht (in der klassischen Form) keine
71 elementare Rolle mehr spielt. Vision unserer Politik muss sein, dass wir in einer Gesellschaft
72 leben möchten, in der Geschlecht(er) keine Rolle mehr spielen bzw. nicht mehr der
73 Ausgangspunkt für Benachteiligung und Diskriminierung darstellt. Aber den einfachen Schluss
74 aus der Ausdifferenzierung der Geschlechter zu ziehen, dass wir bereits in einer solchen
75 Gesellschaftsrealität leben, ist kontraproduktiv und zu tiefst reaktionär! Wenn Postgender zu
76 einem billigen Kampfbegriff von männlich-sozialisierten Menschen, wie bspw. in der
77 Piratenpartei zu sehen, wird, hat weder der individualisierte Geschlechteransatz, noch der
78 Abbau von Benachteiligungen, resultierend aus der klassischen Geschlechtskonzeption von
79 Frau und Mann, hiervon etwas gewonnen. Vielmehr müssen wir für unsere heutige
80 Gesellschaftsrealität zwei Dinge beschreiben: Zum einen erleben wir eine Ausdifferenzierung in
81 Folge der Aufgabe von starren Geschlechtskonzepten und der Zwei-Geschlechtlichkeit, zum
82 anderen aber, müssen wir ebenso festhalten, dass der klassische Antagonismus zwischen
83 Frauen und Männern noch nicht den Geschichtsbüchern angehört. Weiblich-sozialisierte
84 Menschen (egal nach welchem Ansatz), werden in unserer Gesellschaft weiterhin strukturell
85 benachteiligt. Dies dürfen wir als feministischer Richtungsverband nicht unter den Tisch fallen
86 lassen. Vielmehr müssen wir festhalten, dass wir in einer Gesellschaft, in der klassische
87 Rollenmodelle immer noch breit anerkannt und als Norm definiert werden, auch immer noch
88 dafür einstehen müssen, dass eine Benachteiligung und Diskriminierung anhand des
89 klassischen Geschlechteransatzes nicht von uns geduldet werden kann! Wir als Jusos dürfen
90 das Schlagwort des Postgenders nicht missverstehen, sondern müssen vielmehr davon
91 ausgehen, dass wir einen so bezeichneten Gesellschaftszustand bei weitem noch nicht erreicht
92 haben. Dies hat auch innerverbandlich für uns Konsequenzen. Das Beibehalten von
93 Geschlechterquoten ist deshalb unter anderem weiterhin ein wichtiger Ansatz der
94 Gleichstellung. Wir sehen, dass „Frauen“ in unserem Verband, in der Politik und auch in vielen

95 Bereichen der Wirtschaft unterrepräsentiert sind. Es kann daher nicht unser Politikansatz sein,
96 dass wir den klassischen Feminismus aufgeben und durch eine vollkommen andere
97 Geschlechterpolitik ersetzen. Vielmehr müssen wir, unseren Maximen folgend, daran arbeiten
98 unseren jungsozialistischen Genderansatz zu erweitern, um neben klassischen
99 Benachteiligungsmustern eben auch die neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien zu
100 berücksichtigen. Die Jusos sehen die Geschlechterrollen und deren strukturelle
101 Benachteiligung als gegeben an. Sie versuchen, so lange das Ziel der Überwindung der
102 Geschlechterrollen nicht erzielt ist, die strukturelle Ungerechtigkeiten politisch zu bekämpfen.
103

104 **Unsere Vision: Echte Gleichstellung!**

105
106 Unsere Gesellschafts- und Geschlechterpolitik muss dabei von der Vision geleitet sein, dass
107 Geschlecht, egal welcher Ausgestaltung, kein Grund von Benachteiligung und Diskriminierung
108 sein darf! Geschlecht ist, und so wird es sehr wahrscheinlich auch in Zukunft bleiben, für jedes
109 Individuum ein wichtiges, da ein sich selbst definierendes, Persönlichkeitsmerkmal und somit
110 Teil des eigenen Selbstkonzepts. Dass dieses individuelle Merkmal aber zum
111 Ausschlusskriterium bzw. zum öffentlichen Thema wird, ist dabei eine Facette unserer aktuellen
112 Gesellschaftsrealität, die wir überwinden möchten! Dabei geht es uns nicht nur um eine bloße
113 Akzeptanz sondern vielmehr um eine echte Gleichstellung aller Geschlechter!
114

114

115

116 **Begründung:**

117

118 Erfolgte mündlich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: G 2

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag; SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Anti-Mobbing-Gesetz

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Mobbing als eigenen Straftatbestand anerkannt und
2 auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wird. Mobbing am Arbeitsplatz,
3 aber auch im Alltag, ist ein zu bedeutendes gesellschaftliches Problem um mit dem Verweis auf
4 bestehende Anlaufstellen dieses Vorhaben zu blockieren.

5
6

7 **Begründung:**

8

9 Diversen Studien zufolge ist eine siebenstellige Zahl an Bürgerinnen und Bürgern in
10 Deutschland von Mobbing am Arbeitsplatz betroffen; dass die Anzahl derer, denen dies im
11 Alltag wiederfährt, noch deutlich höher liegt, dürfte offensichtlich sein. Obwohl Mobbing
12 zweifellos eine Verletzung des grundrechtlich verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrechts
13 darstellt, gibt es in Deutschland kein Anti-Mobbing-Gesetz. Von den damit verbundenen
14 wirtschaftlichen Folgen ganz abgesehen, muss sich die SPD als Partei des sozialen
15 Zusammenhalts verstehen und darf bei derartigen Problemen selbstverständlich nicht
16 zuschauen. Die unter Mobbing erfassten verbalen und teilweise auch körperlichen Angriffe
17 können als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, hinsichtlich dessen
18 dringender Handlungsbedarf besteht, denn niemand soll sozial ins Abseits gedrängt werden.
19 Für dieses Bestreben darf es allerdings nicht nur bei nett formulierten Absichtserklärungen
20 bleiben. Bisherige Initiativen, unter anderem durch Petitionen an den Bundestag, wurden mit
21 Verweis auf bestehende Präventionsmaßnahmen, Anlauf- und Beschwerdestellen sowie die
22 Tatsache, dass Mobbing arbeitsrechtlich bereits verboten sei – durch die Grundrechte, was uns
23 zu vage ist –, abgelehnt. Die Relevanz für eine eigene rechtliche Klärung und ein
24 entsprechendes Gesetz ist jedoch zweifellos gegeben, mit leider sogar stark steigender
25 Tendenz, Stichwort Cybermobbing.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	G 3 (zur weiteren Bearbeitung überwiesen an den Bezirksvorstand)
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
<u>Betr.:</u>	Änderung der denkmaltechnischen Prinzipien zum Erhalt historischer Ortskerne

Die Bezirkskonferenz hat zur weiteren Bearbeitung an den Bezirksvorstand überwiesen:

1 Das Abreisen und Neubebauen alter denkmalgeschützter Häuser im ländlichen Raum muss
2 erleichtert werden. Dabei soll insbesondere die Klausel, nur unzumutbare und nicht zu
3 erhaltende Häuser einreisen zu dürfen, abgemildert werden.
4

5
6 **Begründung:**
7

8 Zum Erhalt der Orte in ihrer Gesamtheit muss es erleichtert werden, unter Denkmalschutz
9 stehende Häuser leichter einzureisen, oder großräumige Änderung vorzunehmen. Im Moment
10 ist es nur dann möglich, ein geschütztes Haus einzureisen, wenn seine Nutzung unmöglich und
11 seine Renovierung unrentabel ist.
12

13 Doch gerade diese Klausel verstärkt den durch den demographischen Wandel hervorgerufenen
14 Leerstand gerade in den Dörfern noch.
15

16 Gerade junge Familie, die zum Beispiel im strukturschwachen osthessischen Raum benötigt
17 werden, um das Dörfensterben zu verhindern, werden durch die anfallenden Kosten und die
18 Mehrarbeit abgeschreckt und ziehen einen Neubau am Ortsrand einer Renovierung vor, was
19 den akuten Leerstand nicht behebt, sondern paradoxerweise noch verstärkt, da der sich
20 abzeichnende demographische in Zukunft nicht halt machen wird.
21

22 So stehen im Ortskern vermehrt Häuser leer und verfallen, und am Ortsrand entstehen bereits
23 wieder neue Bauten, deren Nutzung in 20 bis 30 Jahren völlig ungeklärt ist.

24 So wichtig und gut die Arbeit des Denkmalschutzes auch sein mag, müssen diese absoluten
25 Klauseln überdacht werden, um den Ort für junge Familien attraktiv zu machen, denn welchen
26 Nutzen hat ein historischer Ortskern, wenn seine Häuser zum großen Teil leer stehen und
27 zusehends verfallen? Diese Richtlinien müssen überdacht und verändert werden, um die Dörfer
28 als solches zu stärken.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk

<u>Antrag:</u>	G 4
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Jeder Ausländer/Jede Ausländerin darf kostenlos an Integrationskursen teilnehmen. Dabei wird
2 nicht zwischen EU-BürgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen unterschieden.
3 Die Kosten sind nicht den Kommunen anzulasten, sondern vom Bund zu tragen.

4
5

6 **Begründung:**

7

- 8 Deutschland hat es viele Jahrzehnte lang versäumt, eine effiziente, langfristig erfolgreiche
9 Integrationspolitik zu betreiben. Die ersten MigrantInnen in Deutschland wurden lediglich als
10 „GastarbeiterInnen“ betrachtet und somit haben die damaligen Bundesregierungen keine
11 langfristigen Projekte und Programme ins Leben gerufen, um diese Menschen erfolgreich in die
12 deutsche Gesellschaft integrieren zu können.

- 13 Dass eine erfolgreiche Integration den Bestand der Gesellschaft sicherstellt, dürfte sicherlich
14 absolut nachvollziehbar sein.

15

- 16 Bei den sogenannten Integrationskursen handelt es sich um Sprachkurse, bei denen die
17 Sprachkompetenzen gefördert werden und Kurse, in denen geschichtliches Wissen über die
18 BRD vermittelt wird. Dieser Spracherwerb dient hauptsächlich einer Aus- und Weiterbildung
19 des Betroffenen. Ein allgemein wichtiges Ziel dieser Kurse ist, ausländische Menschen
20 erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren zu können. Hierbei spielt der Spracherwerb
21 eine außerordentlich wichtige Rolle, denn er ist der Schlüssel zu allen weiteren Prozessen der
22 Sozialintegration im Aufnahmeland.

- 23 Allerdings haben EU-BürgerInnen keinen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an diesen
24 Kursen und die Kosten dieser Kurse stellen für viele ein Hindernis dar.

- 25 Die Bundesregierung hat aber im Jahre 2011 entschieden, mehrere Millionen Euro bei diesen
26 Kursen zu sparen.

27

- 28 Wenn wir aber in einer Gesellschaft leben möchten, die ausländerfreundlich ist und jeden
29 Menschen akzeptiert und willkommen heißt, muss auch seitens dieser Gesellschaft etwas dafür
30 getan werden

- 31 Denn Integration ist stark von der Aufnahmebereitschaft abhängig.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: G 5

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Legalisierung von Marihuana als Genussmittel

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Marihuana wird als Genussmittel nach niederländischem Vorbild legalisiert.
2
3

4 **Begründung:**
5

6 **Trennung der Märkte**

7 Haschisch ist illegalisiert. Mehrere Millionen Konsumenten sind dadurch gezwungen auf dem
8 Schwarzmarkt einzukaufen. Der Drogenschwarzmarkt ist von Leuten beherrscht, die nur an
9 harten Drogen etwas verdienen. Haschisch wird nur angeboten, weil es so beliebt bei den
10 Kunden ist. Alle Cannabis Konsumenten kommen somit regelmäßig mit harten Drogen in
11 Berührung. Wäre Cannabis legal zu erhalten, würden große Teile der harten Drogenszene
12 verschwinden, weil die Puscher nicht laufend neue, unerfahrene Opfer nachgeschoben
13 bekämen.
14

15 **Bessere Qualität**

16 Um mehr Gewinn aus der Sache zu holen wird Haschisch oft mit Substanzen wie Sand, Henna
17 aber auch Schuhcreme etc. gestreckt. Da es sich sowieso um einen illegalisierten Markt
18 handelt herrschen wenig Skrupel. Es gibt keine Qualitätskontrollen und keinen
19 Verbraucherschutz; unerfahrene Konsumenten ziehen sich kiloweise Gift rein, staatliche
20 Instanzen lassen lieber so etwas zu als ihre Jahrzehnte alten Lügen unvoreingenommen zu
21 überdenken. Verschlimmert wird der Zustand durch die schwachsinnige Regelung, dass ein
22 Händler, falls er erwischt wird, nach dem prozentualen Wirkstoffgehalt (THC-Anteil) im
23 Haschisch verurteilt wird. Je miserabler die Qualität des beschlagnahmten Stoffes, desto milder
24 die Strafe. Für gesundheitsgefährdendes Strecken mit z.B. Chemikalien wird man auch noch
25 belohnt.
26

27 **Kein Suchtpotential, kaum Gewöhnung**

28 THC, der psychoaktive Wirkstoff in Haschisch oder Marihuana, ist nicht suchtauslösend, weder
29 körperlich noch psychisch. Viele Jointraucher sind aber nikotinabhängig. Nikotin ist ein
30 Nervengift das körperlich und psychisch sehr abhängig macht. Viele Cannabiskonsumenten
31 bemerken, dass es leicht ist auf Cannabis-Tee oder Cannabis-Gebäck zu verzichten – aber
32 vom nikotinschwangeren Joint können sie einfach nicht lassen. Selbst nach jahrelangem,
33 exzessiven Konsum von Cannabis muss die Dosis nicht gesteigert werden um ähnliche
34 Wirkungen zu erzielen wie bei den ersten paar Joints. Im Gegenteil – nicht selten brauchen die
35 Cannabis-Konsumenten im Laufe der Zeit immer weniger Wirkstoff, um die gewünschte
36 Wirkung zu erzielen.
37 Bei Alkohol und anderen harten Drogen verhält es sich umgekehrt.

38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92

Haschisch ist nicht giftig

Im Gegensatz zu fast allen psychoaktiven Stoffen wie (z.B. Koffein, Nikotin, Kokain, Alkohol, Muskatnuss, etc. ist THC (in Haschisch und Marihuana)) nicht toxisch. Es gibt keine letale Dosis, die bei Koffein beispielsweise bei wenigen Milligramm liegt. Haschisch ist weder akut noch bei Dauergebrauch giftig, es wirkt nicht abiotisch.

Haschisch ist kulturell weltweit integriert

Cannabis wird in China seit 5000 Jahren und in Europa seit 3000 Jahren angebaut. Seitdem wird es auch konsumiert. Kaum ein Land der Erde ohne Kiffer-Tradition. Nie hat es Sucht-Probleme mit den Konsumenten gegeben; die Schwierigkeiten resultieren ausschließlich aus Verbot und Verfolgung in den "modernen" Staaten. Cannabis hat einen hohen Stellenwert als Kulturträger mit großem Einfluss auf Literatur, bildende Kunst und Musik. Die Entstehung von Jazz, HipHop, Reggae usw. ist eng mit Cannabiskonsum verbunden. Haschisch ist eines der ältesten Genussmittel in fast allen Kulturen und überall integriert.

Haschisch ist keine Einstiegsdroge

Die Einstiegsdrogentheorie ist eine der schwachsinnigsten aber hartnäckigsten Prohibitionslügen, die je erfunden wurden. Es ist medizinisch/physiologisch absolut nicht möglich, dass man durch die Einnahme von Substanz x abhängig von Substanz z werden könnte. Das Cannabis ein Einstieg in andere Drogenszene bedeuten kann liegt nicht an der Substanz, sondern folgt der grausamen Logik des Verbotes. Die sprachliche Kategorisierung von Haschisch als illegale Droge bringt seinen Konsumenten auf dem Drogenschwarzmarkt in die Nähe von harten Drogen. Drogen sind nicht ihrer tatsächlichen Gefährlichkeit nach in legal und illegal eingeteilt. Politische und wirtschaftliche Gründe waren und sind ausschlaggebend.

Entlastung der Verfolgungsbehörden

Sechzig Prozent aller Knastinsassen in Deutschland sitzen wegen Betäubungsmittel Gesetz Verstößen im Knast. Die meisten von ihnen wegen Cannabis. Es werden jährlich immer noch über 50.000 Verfahren gegen Kiffer eröffnet. Die Fülle der Verfahren verstopfen Gerichte und Gefängnisse völlig unnötig. Das Verbot hat nur Probleme gebracht und die Kiffer denken nicht im Traum daran damit aufzuhören. Hunderttausende Einzelschicksale, die sich wie Verbrecher behandeln lassen, müssen Arbeits- und Ausbildungsplatz verlieren, ihre Existenz aufgeben und dadurch erst auf die schiefe Bahn geraten. Polizisten, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Gefängnisse könnten sich um tatsächlich wichtige Verbrechensbekämpfung wie Steuerhinterziehung, Korruption, Gewalt gegen Kinder, Umweltverschmutzung kümmern.

Glaubwürdigkeitsverlust aller staatlichen Behörden und Instanzen

Seit Jahrzehnten wird Cannabis von voreingenommenen Politikern und Beamten verteufelt. Je erfundener und schwachsinniger die Argumente waren, desto verbissener wurden und werden sie von den Prohibitionisten verfochten. Wer Cannabis selbst ausprobiert und feststellt, wie verlogen die Drogenkrieger argumentieren, könnte zu dem Schluss kommen, dass alle Warnungen vor anderen Drogen genauso daneben liegen könnten. So jemand könnte zu wirklich gefährlichen Drogen verleitet werden. Das völlig unsinnige Verbot von Cannabis untergräbt alle Bemühungen von Lehrern, Eltern und Drogenberatern Kinder und Jugendliche vernünftig und glaubwürdig über Drogen aufzuklären.

Cannabis als Nutzpflanze

Cannabisfasern sind die stabilsten der ganzen Pflanzenwelt. Es gibt kein hochwertigeres Papier, keine hochwertigeren Textilien als aus Cannabis hergestellte. Es lassen sich über 50.000 Produkte aus Hanf herstellen. Die Pflanze laugt den Boden nicht aus, braucht weniger Dünger und keine Schädlingsbekämpfungsmittel. Politik und Wirtschaft lassen nur THC-freien Hanf zu. Dieser ist empfindlich gegen Schädlinge und benötigt Pestizide und Herbizide. Das freut die Chemie- und Pharmaindustrie. Das THC, dass diesen speziell gezüchteten Pflanzen fehlt produzieren dieselben Pharmakonzerne als Haschisch-Pillen um damit noch mal

93 abzukassieren (würde Haschisch in der medizinischen Therapie eingesetzt, wenn es denn
94 tatsächlich giftig wäre?). Auch als Nahrungsmittel ist Cannabis vollwertiger und gesünder als
95 alle anderen Nahrungsmittel. Es enthält alle essentiellen Fettsäuren, alle wichtigen
96 Aminosäuren. Kein anderes Lebensmittel enthält einen so hohen Anteil an Globulin-Proteinen.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: G 6

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: TelefonbetrügerInnen das Handwerk legen

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Wir wollen VerbraucherInnen aktiv schützen und BetrügerInnen wirkungsvoll verfolgen können.
2 Aus diesem Grund darf der Gesetzgeber nicht länger zulassen, dass Firmen bzw.
3 Einzelpersonen eine falsche Rufnummer mitsenden und so für die Betroffenen nicht ersichtlich
4 ist, wer tatsächlich anruft und wie derjenige zu erreichen wäre. Jede Firma muss zukünftig eine
5 Rufnummer mitsenden, die tatsächlich ihnen zugewiesen ist.

6
7

8 **Begründung:**

9

10 In letzter Zeit treten wieder vermehrt TelefonbetrügerInnen auf, um Bürgerinnen und Bürger mit
11 angeblichen Gewinnen zu locken oder ihnen zu drohen und so von ihnen hohe Geldsummen zu
12 erschleichen. Ein besonders dreistes Beispiel stellt eine Gruppe von BetrügerInnen dar, die die
13 Telefonnummer des Amtsgerichtes Stuttgart mitsenden. Die AnruferInnen gaukeln dann
14 diverse Szenarien vor immer mit dem Ziel, dass die Opfer ihnen Geld überweisen bzw. ihre
15 Kontodaten weitergeben. Technisch möglich ist die Übersendung einer falschen Rufnummer
16 durch eine Programmierung in den Telekommunikationssystemen der BetrügerInnen.

17

18 In vielen Fällen kann man sicher auch von den Betroffenen verlangen, niemals Kontodaten am
19 Telefon Preis zu geben oder gar Geld auf irgendwelche Konten zu überweisen. Doch wenn
20 diese Personen recherchieren und dann feststellen, dass die angezeigte Telefonnummer
21 tatsächlich vom z.B. Amtsgericht stammt, werden viele zurückschrecken und Zahlungen
22 akzeptieren. Es gilt an dieser Stelle die Bevölkerung zu schützen und die Verfolgung der
23 TäterInnen zu erleichtern. Für die Polizei ist es zwar derzeit schon möglich, den "richtigen"
24 Anschluss herauszufinden, dies kann aber nur während eines Zeitraumes von 72 Stunden
25 erfolgen. Viele Opfer gehen aber wenn überhaupt nicht direkt zur Polizei, häufig aus
26 Schamgefühl und Unsicherheit.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: G 7

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für eine artgerechte Tierhaltung

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Zu einer solidarischen und sozialen Politik muss auch der Tierschutz gehören.

2
3 Wir fordern deshalb:

4
5 1. Die derzeitigen Praktiken in der Massentierhaltung sind nicht akzeptabel. Tiere müssen
6 entsprechend ihres Verhaltens und ihrer Bedürfnisse gehalten werden. Eine Überzüchtung und
7 vorsorgliche Gabe von Antibiotika wird verboten.

8
9 2. Das Kastrieren von männlichen Ferkeln oder anderen Tieren ohne jede Betäubung muss
10 gesetzlich verboten werden.

11
12 3. Das Patentieren von Tierzuchten darf nicht länger möglich sein.

13
14
15 **Begründung:**

16
17 Gemäß Art. 20a des Grundgesetzes wird der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der
18 Tiere zum Staatsziel erklärt. In der Praxis hat sich der Gesetzgeber an dieser Regelung kaum
19 orientiert und keine Maßnahmen ergriffen, um Tiere tatsächlich besser zu schützen. Im
20 Mittelpunkt der heutigen Politik steht weiterhin die Gewinnmaximierung, die auf dem Rücken
21 von Tieren in der Massentierhaltung erwirtschaftet wird.

22 Selbstverständlich muss auch der Verbraucher reagieren und in Kauf nehmen für den Verzehr
23 von tierischen Produkten wie etwa Fleisch, Eier oder Milch höhere Preise zu bezahlen, wenn er
24 diese zum Beispiel bei den örtlichen Metzgereien erwirbt, wo er viel leichter nachvollziehen
25 kann, woher die Produkte kommen. Doch auch die Politik muss in die Pflicht genommen
26 werden, um sich endlich an ihr selbst gesetztes Staatsziel zu halten.

27 Laut § 1 des Tierschutzgesetzes darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund
28 Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Ein großer wirtschaftlicher Gewinn stellt aus
29 unserer Sicht keinen vernünftigen Grund im Sinne des Gesetzes dar. So muss sich die
30 Tierhaltung in Deutschland künftig einer artgerechten Haltung von Tieren verpflichten. Dazu
31 gehört den Tieren genügend Raum- und Bewegungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen
32 und sie nicht mit künstlichem Licht jeder natürlichen Lebensweise zu entziehen, sondern das
33 Leben im Tageslicht zuzulassen. Schweine beispielsweise sind sehr soziale und intelligente
34 Tiere, für die die derzeitigen Haltungsbedingungen unter den beengten Verhältnissen ohne
35 Bewegungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten eine große Qual darstellen. Auch die ständige
36 Trächtigkeit von diversen Zuchttieren bedeutet für die Tiere keine Glückseligkeit oder
37 Muttergefühle, strengere Regelungen müssen geschaffen und kontrolliert werden, die die
38 Trächtigkeit von Tieren nur noch in Maßen zulässt.

39

40 Auch entbehrt es jedem vernünftigen Grund Ferkel und andere Tiere ohne Betäubung zu
41 kastrieren. Die Tiere erleiden große Schmerzen und geraten oft in einen Schockzustand. Den
42 Tieren müssen aber unnötige Schmerzen erspart bleiben. Der Gesetzgeber widerspricht sich
43 hier selbst, wenn er das Kastrieren ohne Betäubung zulässt.

44
45 Eine in der Europäischen Union derzeit immer häufiger angewandte Praxis besteht darin, das
46 Patentieren von Tierzuchten zuzulassen. So sind z.B. Patente vergeben worden für Kühe, die
47 mehr Milch geben und Schweine, die schneller wachsen und weniger Fett ansetzen. Profiteure
48 davon sind eindeutig die industriellen Großzuchten, die sich das Wissen über die Tierzucht zu
49 Eigen machen möchten, um so eine Monopolstellung für sich zu erreichen. Insbesondere
50 Kleinbetriebe würden darunter leiden. Wie wir wissen, sind es aber meist die Kleinbetriebe und
51 die regionalen Bauern, die auf Tierschutz Wert legen. Doch denen wird mit den erteilten
52 Patenten das Überleben weiter erschwert. Die Patente auf Lebewesen dürfen nicht weiter erteilt
53 werden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: G 8

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

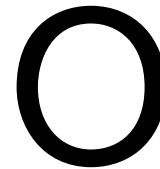
Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz

Betr.: Lebensmittelsiegel

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Die Jusos fordern die Einführung eines einheitlichen Siegels für Lebensmittel, das
2 VerbraucherInnen eine einfache Entscheidungshilfe für folgende Probleme liefert:
3 Ist das Produkt
4 - laktosefrei
5 - glutenfrei
6 - vegetarisch
7 - vegan
8 - zuckerfrei
9 Für die Kennzeichnung relevant ist alle verwendeten Teilprodukte, die zur Erzeugung des
10 Endproduktes benutzt wurden.
11 Zur Nutzung dieses Siegels ist ein Antrag beim Bundesamt für Verbraucherschutz und
12 Lebensmittelsicherheit (BVL) notwendig. Das BVL prüft weiterhin stichprobenartig die
13 Einhaltung der für das Siegel notwendigen Kriterien.
14
15
16 **Begründung:**
17
18 Für die Entscheidung ob ein Produkt die oben genannten Kriterien erfüllt ist inzwischen ein
19 fundiertes Wissen über Inhaltsstoffe nötig. Auch befinden sich in verschiedenen Produkten,
20 ohne Notwendigkeit, Inhaltsstoffe die das betroffene Produkt für bestimmte Personengruppen
21 ausschließt. Ein Beispiel ist pflanzliche Magerine, die häufig noch Molkebestandteile enthält
22 und somit für laktoseintolerante und vegane Personen nicht geeignet ist.
23 Für die Art des Siegels würde sich eine vergleichbare Variante der Portionsangabe anbieten.

Antragsspiegel, Bereich



ORGANISATIONSPOLITIK

- | | | |
|----|--|--------------------------------|
| O1 | Mehr Basisdemokratie wagen! | Unterbezirk Fulda |
| O3 | Einzeilige Anträge | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| O4 | Transparenz der Antragswerdegänge in der SPD | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk

Antrag: O 1

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Mehr Basisdemokratie wagen!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 SpitzenkandidatInnen der SPD auf Bundes- und Landesebene sollen zukünftig
2 basisdemokratisch von den Parteimitgliedern gewählt werden. Auch auf kommunaler Ebene
3 soll diese Möglichkeit zunehmend umgesetzt werden. Dies wäre ein entscheidendes Signal
4 hinsichtlich der vom Parteivorstand ausgegebenen Transparenz und Mitgliederbeteiligung in
5 der SPD.
6 Erweist sich diese Maßnahme als erfolgreich, wird der zweite Schritt sein, vergleichbare
7 Entscheidungsverfahren nicht nur auf personeller, sondern auch auf inhaltlicher Ebene
8 umzusetzen.

9
10

11 **Begründung:**

12

13 Das mediale Echo auf die Kür des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl ist hinlänglich
14 bekannt und nicht unberechtigt. Die Kommunikation der Troika und der Parteispitze, es habe
15 eben nur ein Kandidat gewollt, ist bei dieser Art der Entscheidungsfindung kaum zu belegen.
16 Grundsätzlich sollte in unserer Partei jede/r – ggf. unter bestimmten, sinnvollen Kriterien – die
17 Chance haben, sich zu einer solchen Wahl aufzustellen.
18 Die Machbarkeit eines solchen Verfahrens haben u.a. Bündnis '90/Die Grünen mit ihrer Urwahl
19 für die Bundestagswahl eindeutig nachgewiesen, was ihnen kurzer Aufgeregtheiten zum Trotz
20 keinesfalls geschadet hat. Je umfangreicher dies Anwendung findet, also mindestens auch für
21 die Ebene der Bundesländer, desto eher kann dem Vorurteil von Hinterzimmerpolitik und damit
22 auch der Parteienverdrossenheit insgesamt etwas Stichhaltiges entgegnet werden.
23 Die Sinnhaftigkeit auf kommunaler Ebene muss überprüft werden; hier räumen wir ein, dass
24 aufgrund finanzieller Zwänge und der ohnehin oft schwierigen KandidatInnenfindung sich die
25 Lage anders darstellt. Wünschenswert wären noch mehr basisdemokratische Angebote jedoch
26 auch hier.
27 Die Ausweitung auf inhaltliche Fragen muss selbstverständlich mit Bedacht geschehen und
28 darf die Kompetenzen der gewählten Gremien nicht vollständig untergraben. Jedoch zu hoffen,
29 dass sich die abnehmende Beteiligung der BürgerInnen in Parteien von alleine löst, wird unter
30 keinen Umständen erfolgreich sein. Derartige Maßnahmen per se zu verurteilen, wäre also
31 deutlich zu kurz gedacht und mittel- wie langfristig äußerst kontraproduktiv.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: O 3
Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat: /
Betr.: Einzeilige Anträge

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Anträge sollen ernst genommen werden, egal ob kurz oder lang.
- 2
- 3
- 4 **Begründung:**
- 5
- 6 Erfolgte mündlich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

<u>Antrag:</u>	O 4
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Transparenz der Antragswerdegänge in der SPD

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 Der Werdegang eines Antrages ab Ortsverein bzw. Arbeitsgemeinschaften muss
2 nachvollziehbar und transparent sein. Der/m AntragstellerIn ist das Ergebnis über den Verlauf
3 und den demokratischen Abstimmungen schriftlich mitzuteilen. Damit wird gewährleistet, dass
4 ein demokratisches Verfahren einer Antragstellung in der SPD sichergestellt wird
5
6

7 **Begründung:**
8

9 Um auch als einfaches Mitglied in der SPD mit seinen Anträgen etwas zu bewirken, muss der
10 Antragswerdegang in der SPD reformiert werden. Anträge, die durch demokratische
11 Abstimmungen zu den jeweiligen Adressaten durchkommen müssen, müssen durch diese auch
12 umgesetzt werden. Hierzu müssen der Werdegang und das Ergebnis eines jeden Antrags
13 schriftlich dem Grundantragsteller mitgeteilt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass die SPD
14 von allen Mitgliedern demokratisch regiert wird und Bestand hat. Ein diktatorisches Agieren und
15 Regieren Einzelner wird somit ausgeschlossen.
16

17 Die Anträge in der SPD müssen nach erfolgreicher demokratischer Abstimmung zeitlich
18 begrenzt bearbeitet und umgesetzt werden und das Ergebnis der/m GrundantragstellerIn
19 schriftlich mitgeteilt werden, um so ein Nichtbehandeln beschlossener Anträge zu vermeiden.

Antragsspiegel, Bereich

U

UMWELT & ENERGIE

- | | | |
|----|---|--------------------------------|
| U1 | Stoppt das Schlechtreden der Energie-
wende – SPD für Bürgerenergie! | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| U4 | Sauberer Schiffsverkehr | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| U5 | Änderung des Deutschen Berggesetzes
von 1982 | Unterbezirk Schwalm-Eder |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: U 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD- Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Stoppt das Schlechtreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie!

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

1 **1. Wir Jusos fordern unsere Mutterpartei, vor allem deren VertreterInnen in den**
2 **Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag, dazu auf, sich öffentlich und**
3 **im Rahmen des politischen Streites eindeutig gegen den momentan stattfindenden**
4 **Versuch zu stellen, die Energiewende schlechtzureden. Stattdessen muss der politische**
5 **Gestaltungsraum dazu genutzt und Lösungen angestrengt werden, welche den**
6 **gesellschaftlich akzeptierten und gewollten Umstieg auf Erneuerbare Energien (EE) so**
7 **effektiv, sozial, demokratisch und kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Dabei sollen**
8 **auch die Vorteile und positiven Effekte von Erneuerbaren Energien in die öffentliche**
9 **Wahrnehmung transportiert werden.**

10
11 Das Instrument für diesen Umstieg, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), löste im Jahr
12 2000 das Stromeinspeisungsgesetz ab und ermöglichte erstmalig verlässliche planerische
13 Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen (EEA).
14 Diese Planungssicherheit fußte auf zwei Bestandteilen: Zum einen auf der festen
15 Einspeisevergütung (xy Cent je Kilowattstunde) für einen festgelegten Zeitraum und zum
16 anderen auf der Abnahmegarantie, also der vorrangigen Einspeisung von erneuerbarem Strom.
17 Gerade diese Säulen bildeten die Grundlage für den massiven Ausbau der Erneuerbaren-
18 Energien-Kapazitäten und das wirtschaftliche Wachstum der Branche, deren Unternehmen im
19 Jahr 2000 noch 100.000 Angestellte beschäftigten, diese MitarbeiterInnenzahl bis zum Jahr
20 2011 auf über 380.000 steigerten und voraussichtlich bis zum Jahr 2020 eine halbe Millionen
21 Arbeitsplätze anbieten können.

22
23 Die garantierte Einspeisevergütung wird über die EEG-Umlage von den *meisten*
24 Stromverbrauchern mitgetragen. Und genau hier liegt bereits der erste Konstruktionsfehler: Die
25 Freistellung von der EEG-Umlage für über 600 Unternehmen, welche viel Strom verbrauchen
26 und angeblich im internationalen Wettbewerb stehen. Für manche Branchen mag das Sinn
27 machen, für die meisten Unternehmen sollten die politischen Anreize aber eher so gesetzt
28 werden, dass sie ein (Eigen-)Interesse daran entwickeln, ihre Stromnutzung bei Fertigungs-
29 und Produktionsprozessen oder auch im MitarbeiterInnenverhalten weiterzuentwickeln. Von der
30 großzügigen Ausnahmeregelung sollten ursprünglich hauptsächlich Zementhersteller,
31 Aluminiumhütten und Stahlproduzenten profitieren. Gerade diese profitieren mittlerweile aber
32 zusätzlich noch von sehr günstigen Börsenpreisen für Strom. Außerdem ist es wirklich fraglich,
33 warum beispielsweise Schlachthöfe, Tierfutterhersteller, Mineralwasserabfüller oder
34 Milchbetriebe von der Umlage befreit sind und dafür alle anderen Verbraucher mehr zahlen
35 müssen.

36

37 **2. Daher fordern wir Jusos die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass die**
38 **Freistellungsmöglichkeiten von der EEG-Umlage kritisch überprüft werden und dafür zu**
39 **sorgen, dass die Kosten der Energiewende auch von allen Unternehmen und**
40 **Großverbrauchern mitgetragen werden und nicht nur von einer willkürlichen Auswahl**
41 **und den Privatverbrauchern. Deswegen fordern wir, die besondere Ausgleichsregelung**
42 **(§ 40ff. des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes 2012) – außer für den ÖPNV – zu streichen.**
43

44 Dass die EEG-Umlage aber nötig war, damit Erneuerbare Energien überhaupt eine Chance
45 gegen die über Jahrzehnte und auch aktuell noch sehr stark subventionierten konventionellen
46 Energieträger haben, am Markt Fuß zu fassen und sich weiterzuentwickeln, zeigt die
47 Erfolgsgeschichte der letzten zwölf Jahre. Der Anteil Erneuerbarer Energien an der
48 Stromversorgung ist von 6,4 % im Jahr 2000 auf über 20 % im Jahr 2012 angestiegen. Dies hat
49 zu einem massiven Preisverfall an der Strombörse geführt, weshalb die Differenz zwischen
50 Börsenpreis und garantierter Einspeisevergütung immer höher wird und die EEG-Umlage zum
51 Ausgleich dieser Differenz (zusätzlich zur wachsenden Menge des zu vergütenden Stroms)
52 immer weiter steigt (zum Jahr 2013 von 3,6 auf 5,4 Cent je Kilowattstunde). Das Kuriose daran
53 ist also die Tatsache, dass zwar die Börsenpreise für Strom weiter sinken (dabei hat alleine die
54 zunehmende Verfügbarkeit von Solarstrom im Jahr 2012 zu sinkenden Strompreisen an der
55 Börse von mehr als 5 Mrd. Euro geführt), diese aber nicht an die Endkunden weitergegeben
56 werden und die Endkunden stattdessen noch zusätzlich für die höhere EEG-Umlage
57 aufkommen müssen. Die Konstruktion des EEG führt also dazu, dass bei sinkenden
58 Strompreisen an der Börse, die Differenz von garantierter Vergütung zu erzielten
59 Börsenpreisen immer größer wird und daher – wie im Teufelskreis – auch die EEG-Umlage
60 immer stärker ansteigt. Diese wird allerdings von den Endkunden getragen, wohingegen die
61 Stromkonzerne die günstigen Börsenpreise und damit verbundenen hohen Gewinnspannen
62 abgreifen. Dieser Konstruktionsfehler könnte über folgende Verpflichtung zur Anpassung an die
63 Börsenpreisentwicklung behoben werden.
64

65 **3. Wir Jusos fordern die SPD dazu auf, eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene**
66 **anzustrengen, um Stromkonzerne zu verpflichten, die kostensparenden und**
67 **preissenkenden Effekte von Erneuerbaren Energien, welche sich in günstigen**
68 **Strompreisen an den Spotmärkten bemerkbar machen, an die Endkunden weitergeben**
69 **zu müssen. Realisiert werden könnte diese Verpflichtung über eine monatliche oder**
70 **halbjährige Strompreisanpassung an die Börsenpreisentwicklung an der European**
71 **Energy Exchange (EEX) in Leipzig bzw. eine darauf basierende Ausgleichszahlung,**
72 **welche die Stromkonzerne an ihre Kunden entrichten müssen.**
73

74 Dies sollte aus zweifacher Hinsicht geschehen: Erstens tragen alle privaten Stromendkunden
75 den Ausbau Erneuerbarer Energien über die EEG-Umlage finanziell mit und sollten daher auch
76 als erste von durch EE zu verantwortende Strompreis senkende Effekte profitieren. Zweitens
77 würde durch einen an die Endkunden weitergebener Börsenpreis für Strom dazu führen, dass
78 die preisstabilisierenden Effekte von Erneuerbaren Energien auch in der Öffentlichkeit
79 wahrgenommen werden und sich die Meinung über den weiteren Ausbau von EE positiver als
80 bisher gestalten würde.
81

82 Während nämlich die Energieimportkosten in Deutschland in den Jahren von 2004 bis 2012
83 von 37 Mrd. Euro auf 98 Mrd. Euro (+ 165 %), hauptsächlich aufgrund der dramatischen
84 Preisanstiege für Öl, Gas und Kohle, angewachsen sind und die damit verbundenen
85 Kostensteigerungen nahezu ohne Widerstand und große Diskussion von den
86 Energiekonzernen auf alle Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden konnten, hat
87 sich – transportiert durch die meisten Massenmedien – in der Öffentlichkeit ein Meinungsbild
88 eingestellt, welches den Ausbau von Erneuerbaren Energien alleine für die
89 Stromkostensteigerungen verantwortlich zeichnet. Dieser ersten hartnäckigen Behauptung,
90 also dass die Energiewende zu steigenden Strompreisen führt, könnte über obigen Vorschlag

91 begegnet werden. Dadurch kämen die eigentlichen Wirkungen, nämlich Preissenkenden- bzw.
92 stabilisierenden Effekte, auch bei den EndverbraucherInnen.

93
94 Dem zweiten Behauptung, dass die Energiewende nicht ohne Off-Shore-Windparks und dem
95 damit verbundenen Bau von Höchstspannungsleitungen durch ganz Deutschland oder sogar
96 Europa auskommt, muss ebenso Einhaltung geboten werden. Das einzige, was Off-Shore-
97 Windparks können, ist die Energiewende zu verlangsamen und zu verteuern. Dies sieht man
98 zum einen an den technischen Problemen und zum anderen am Leitungsbau, der zum
99 Abtransport des Stroms nötig wäre. Mit der On-Shore-Windenergie oder Photovoltaik-
100 Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen (also z.B. ehemaligen Truppenübungsplätzen)
101 stehen viel günstigere Alternativen zu Verfügung, bei deren Bau auch noch höherwertige
102 Organisationsmodelle entwickelt und erprobt werden könnten. Auf diesem Weg könnten viele
103 BürgerInnen über Energiegenossenschaften oder Crowdfunding vom Betrieb profitieren und ihn
104 auch demokratisch mitgestalten. Wohingegen den Bau von Off-Shore-Windparks nur
105 finanzstarke Großkonzerne über vergünstigte Kredite (quasi Extrasubventionen) und eine hohe
106 Einspeisevergütung realisieren können. Diese sind aber nicht der Region und den Menschen
107 vor Ort, sondern nur ihren Aktionären verpflichtet.

108
109 **4. Daher fordern wir Jusos die SPD dazu auf, sich weiterhin stark zu machen für eine**
110 **dezentrale Energiewende. Dazu zählt der Widerstand gegen die Einführung eines**
111 **flexiblen Zahlungsbeginns der Einspeisevergütung, eine Deckelung der**
112 **Abnahmegarantie, weiteren unkalkulierbaren und drastischen Vergütungskürzungen,**
113 **oder gar einer Rückzahlung von bereits gezahlten EEG-Vergütungen. Stattdessen soll**
114 **sich die SPD für die Umsetzung von Maßnahmen einsetzen, die Planungssicherheit**
115 **schaffen und eine kosteneffiziente sowie von den BürgerInnen getragene Energiewende**
116 **befördern.**

117 118 **4.1 Raum für Windkraft an Land**

119
120 **In ganz Deutschland gibt es auf dem Festland ausreichend Raum für Windkraft. Wenn**
121 **jedes Bundesland auf nur 2 % seiner Fläche Raum für Windkraft schaffen würde, könnte**
122 **so über 50 % des Strombedarfs für Deutschland erzeugt werden – ganz ohne Off-Shore-**
123 **Parks.**

124
125 • **Da die Kommunen die regionale Wertschöpfung mit der Nutzung von Windkraft**
126 **steigern können (durch Gewerbesteuer, Pacht bzw. Erträge aus eigenem Betrieb),**
127 **haben sie ein eigenes Interesse am verträglichen Ausbau der Windkraft. Die**
128 **Verantwortung hierfür sollte daher in die Hände der Gemeinden und ihre**
129 **Flächennutzungsplanung gelegt werden. Den Ländern muss die Kompetenz**
130 **entzogen werden, mit Regionalplänen die Windkraft abschließend zu steuern und**
131 **ganze Gemeinden zu Ausschlussgebieten zu erklären. Dazu muss den**
132 **Regionalplänen mit den darin enthaltenen Zielen der Raumordnung die**
133 **Verhinderungswirkung gegenüber der Windkraft genommen werden. Durch**
134 **diesen Freiraum zur kommunalen Selbstbestimmung würde in kurzer Frist und in**
135 **Abstimmung mit den Bürgern ausreichend Raum für Windkraft an Land**
136 **entstehen.**

137 **(Maßnahme: Änderung des Baugesetzbuches § 35 Abs. 3)**

138
139 • **Die Ausweisung absoluter Windkraft-Ausschlussflächen in Regionalplänen soll**
140 **untersagt werden; außerhalb von Vorranggebieten konkurriert die Windkraft mit**
141 **allen anderen Nutzungen nach Maßgabe der Gesetze (z. B. Lärm- und**
142 **Artenschutz), wodurch u. a. Abstände großer Windkraftanlagen zu**
143 **Siedlungsgebieten sichergestellt werden.**

144 **(Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)**

145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196

- Die Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen sowie Sonderregelungen für Windenergieanlagen in Wäldern sollen natur- und artenschutzrechtlichen Standards gemäß dem aktuellen Stand der Wissenschaft genügen und die Bevölkerung vor übermäßiger Belastung schützen.
(Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)

4.2 Smart grids für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- Die zentrale Herausforderung für die laufende und zu beschleunigende, dezentrale Energiewende ist im Hinblick auf den Netzausbau die Verstärkung der Ortsnetze und ihre Umgestaltung zu intelligenten Stromnetzen, sog. smart grids. So kann die verstärkte dezentrale Einspeisung mit dem dezentral stattfindenden Energieverbrauch wirksam ausgeglichen werden. Unnötige Investitionen in den Ausbau großer Trassen (Übertragungsnetze) sollen zugunsten von Investitionsbudgets für Ortsnetze (Nieder- und Mittelspannung) eingespart werden. Dies ist auch deshalb notwendig, weil vielerorts bereits heute Engpässe bei den Einspeisekapazitäten auftreten und manch kleinere Windparks deshalb nicht umgesetzt werden können (weil die zu errichtenden Stromtrassen bis zur nächsten Einspeisemöglichkeit zu teuer sein und Windparks unwirtschaftlich machen können).
(Maßnahmen: Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Anreizregulierungsverordnung)

4.3 Eine-Million-BHKW-Programm für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- Eine Million Blockheizkraftwerke (BHKW) sollen bis 2015 auf der Basis zinsbegünstigter Kredite in den Markt gebracht werden, um damit 20 Großkraftwerke zu ersetzen und durch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung die Verschwendung von Erdgas in reinen Heizungsanlagen zurückzuführen.
(Maßnahme: KfW-Programm)
- Mit Erdgas betriebene BHKWs dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie sowohl Strom wie auch Wärme produzieren und die Wärmeabnahme nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sichergestellt ist.
(Maßnahme: Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes)

4.4 Speicherausbau für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- Einführung eines „Speicherbonus“ im Rahmen des EEG als Anreiz für Investitionen zur Stromspeicherung; hierzu zählen auch E-Mobile, die teilweise als Speicher eingesetzt werden.
(Maßnahme: Änderung des EEG)
- Besonderes Förderprogramm für Start-Ups auf der Basis zinsgünstiger Kredite für die Entwicklung von innovativen Speichertechnologien. Zusätzlich könnte ein bundesweiter Speicherwettbewerb mit entsprechend hohem Preisgeld ausgerufen werden, um weitere Innovationen zu begünstigen, zu belohnen und auch in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.
- Besonderes Förderprogramm auf der Basis zinsbegünstigter Kredite für die „Power to Gas“-Technologie als vielversprechende Speichertechnologie wegen

197 der Größe des vorhandenen Gasnetzes.
198 (Maßnahme: KfW-Programm)

- 199
- 200 • Vorrang für Strom- und Gasspeicher sowie Geothermie gegenüber Kohlendioxid-
201 Einlagerung (CCS); Untersagung der unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung.
202 (Maßnahmen: Änderung des Raumordnungsgesetzes; entsprechendes CCS-
203 Gesetz)

204

205 4.5 EEG fortentwickeln

206

207 Grundlage des „Vorbilds Deutschland“ bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren
208 Energiequellen ist das EEG. Dieses muss EEG intelligent fortentwickelt werden. Die
209 Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Arten der Erneuerbaren
210 von der Wind- bis zur Wasserkraft und keine Stop-and-Go-Politik wie in den letzten
211 Jahren spontaner drastischer Einschnitte. Das Vertrauen der neuen Träger in die
212 Verlässlichkeit des EEG ist das Fundament für die dezentrale Energiewende. Die
213 unerwartete Abschaffung von Vergütungstatbeständen (z.B. für Solarparks auf
214 Ackerflächen) hat Kapital von Projektierern und Investoren vernichtet und die
215 Energiewende verlangsamt. Eine verlässliche und langfristig vorgegebene Absenkung
216 der Vergütung wirkt. Auf diese Weise kann die Photovoltaik bis zum Jahr 2015
217 Netzparität erreichen. Folgende Regelungen sind erforderlich:

- 218
- 219 • Das EEG darf nicht dazu benutzt werden, vorrangig und unausgewogen
220 Großprojekte wie Off-Shore-Windparks oder große Biomasseanlagen zu fördern,
221 sondern muss weiterhin der Stärkung klein- und mittelgroßer Betreiber und
222 Stadtwerke dienen. Deshalb lehnen wir die Kürzung der Vergütung für
223 Windkraftanlagen an Land genauso ab wie die ungerechtfertigte Erhöhung für
224 große Off-Shore-Windkraftprojekte. Diese Maßnahmen treiben die Kosten und
225 schaden der Volkswirtschaft.
- 226
- 227 • Windkraftanlagen brauchen eine verlässliche Vergütung. Der
228 Systemdienstleistungsbonus muss erhalten bleiben oder kompensiert werden.
229 Ein maßgeschneiderter Tatbestand soll für Kleinwindkraftanlagen eingeführt
230 werden. Die Vergütung für Repowering-Projekte soll attraktiver gestaltet werden.
- 231
- 232 • Die Solarvergütung soll vorhersehbar gestaltet werden und Anreize für
233 Investitionen schaffen. Der Rückgang der Vergütung (Degression) soll sich am
234 tatsächlichen Rückgang der Herstellungs- und Installationskosten einer
235 Solaranlage orientieren. Ein sog. Deckel, der den Zubau durch Kontingente oder
236 Quoten begrenzt, wird strikt abgelehnt.

237

238 4.6 Regionale Wertschöpfung

- 239
- 240 • Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen – vom
241 ländlichen Raum bis zu den Städten und Metropolen – sollen die gesetzlichen
242 Weichen so gestellt werden, dass durch die dezentrale Energiewende möglichst
243 viel der lokal neu entstehenden Wertschöpfung bei den Menschen und der
244 Wirtschaft vor Ort verbleibt. Standortgemeinden für Windkraftanlagen garantiert
245 das Gewerbesteuergesetz schon heute 70 % der Einnahmen aus der
246 Gewerbesteuer. Den Gemeinden am Unternehmenssitz verbleiben 30 %. Um einen
247 Anreiz für Städte und Gemeinden zur Förderung von Investitionen in Solarparks,
248 Biogas-, Geothermie-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und Wasserkraftanlagen zu
249 setzen, soll die 70/30-Regelung – besser: eine 80/20-Regelung – für alle EE- und

- 250 **KWK-Anlagen eingeführt werden.**
251 **(Maßnahme: Änderung des Gewerbesteuergesetzes)**
252
253 • **Die Landesparlamente sollen gesetzgeberisch dafür Sorge tragen, dass ein**
254 **Kriterium der regionalen Wertschöpfung in kommunale Ausschreibungsprozesse**
255 **einbezogen werden kann. Dadurch würde es Kommunen möglich, bei der**
256 **Auftragsvergabe bzw. Partnerwahl die verschiedenen Optionen zur Realisierung**
257 **von EE-Projekten daraufhin prüfen zu können, wovon die kommunale Wirtschaft**
258 **und Bürgerschaft am meisten profitiert und sie sich bei der Gestaltungsqualität**
259 **am hochwertigsten Einbringen kann.**
260
261 • **Bei der Nutzung von Flächen in Eigentum der jeweiligen Landesforstämter für den**
262 **Bau von EE-Anlagen sollen regionale Organisationslösungen für die Umsetzung**
263 **bevorzugt werden. Dies sollte in allen Landesparlamenten beschlossen werden.**
264

265 Anstatt also Maßnahmen zur weiteren Verlangsamung und einer Begrenzung des Ausbaus von
266 EE sollte die Bundesregierung besser den steigenden Kosten für konventionelle Energieträger
267 über verlässliche Rahmenbedingungen und ein gutes Investitionsklima für Erneuerbare
268 Energien entgegensteuern. Beim sich jetzt zuspitzenden Kampf um die Ressourcen muss die
269 Position der SPD klar sein: Unsere Demokratie braucht keine Bürgervertreter, die einzig nach
270 den Interessen bestimmter Lobbyisten handeln, sondern sich vehement für Lösungen stark
271 machen, die auf Demokratie, Teilhabe, Transparenz und Mitwelt-Verträglichkeit setzen.

272
273

274 **Begründung:**

275
276 Erfolgte mündlich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk**

Antrag: U 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Juso-Landeskonferenz,
SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen
Parlament

Betr.: Sauberer Schiffsverkehr

Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 1 Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich für eine Reduzierung der Schadstoffabgase von
- 2 Schiffen, um 25 Prozent bis 2030 ein.
- 3 Dies wird durch entsprechende Initiativen bei den internationalen Organisationen, aber auch
- 4 durch nationale Gesetzgebung unterstrichen.
- 5 Die Kontrolle erfolgt durch den Zoll bzw. durch die Wasserschutzpolizei.

6
7

8 **Begründung:**

9

- 10 Die „Greenhouse Gas Study 2009“ der International Maritime Organization (IMO) hat ergeben
- 11 das der Handelsschiffverkehr mit 2,7 % am globalen CO₂ Ausstoß beteiligt ist. Ausgehend vom
- 12 Wachstum errechnet die Studie eine Steigerung der Wert um 200 bis 300 % bis 2050.
- 13 Nicht nur der CO₂ Ausstoß ist besorgniserregend, auch die Schadstoffe des genutzten
- 14 Schweröls schaden der Umwelt sehr. So kommt der NABU bei einem Vergleich von einem
- 15 Kreuzfahrtschiff auf die gleichen Schadstoffwerte wie fünf Millionen PKW.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschluss
Ord. Bezirkskonferenz 2013 • Eschwege • E-Werk

Antrag: U 5

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz Hessen, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Landesparteitag
Hessen, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion,
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Das Berggesetz muss endlich reformiert werden und an neue Technologien und deren
4 Anforderungen – wie etwa die Förderung von unkonventionellem Erdgas (Fracking), das wir
5 grundsätzlich ablehnen – und an neue gesellschaftliche Bedingungen sowie die Belange des
6 Natur- und Umweltschutzes fach- und sachgerecht angepasst werden.

7 Die deutschen Bundestagsabgeordneten und die hessischen Landtagsabgeordneten werden
8 aufgefordert, sich in ihren jeweiligen Fraktionen dafür einzusetzen dass das bisherige
9 Bergrecht im Deutschen Berggesetz von 1982 den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen
10 angepasst, insbesondere die Beteiligung der Verbände, der anliegenden Gemeinden und der
11 anwohnenden Bürgerinnen und Bürger gestärkt wird, das Planungsrecht der Regionalverbände
12 und insbesondere die Belange des Umwelt- und Naturschutzes voll umfänglich beachtet
13 werden.

14
15
16 **Begründung:**

17
18 Seit dem 1. Januar 1982 gilt in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesberggesetz
19 (BBergG), das die Berggesetze der Bundesländer ablöste und für einheitliche Regelungen
20 sorgte. Es fasst im Wesentlichen die früheren Landesberggesetze zusammen, wie zum Bei-
21 spiel das Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten von 1865, dazu das Gesetz zur
22 Erschließung von Erdöl- und anderen Bodenschätzen sowie die Verordnung über die
23 Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze von 1934 (!!) und ersetzt diese
24 Regelungen gleichzeitig.

25 Das Bundesberggesetz beruht auf dem Prinzip der Bergfreiheit. Dadurch sind alle im Gesetz
26 aufgeführten bergfreien Bodenschätze dem Grundeigentum entzogen, so dass dem
27 Grundeigentümer nur die sogenannten grundeigenen Bodenschätze (z.B. Sand, Kies, Gips,
28 Ton, Dachschiefer) zustehen. Die bergfreien Bodenschätze hingegen sind zunächst herrenlos,
29 Eigentum an ihnen kann allerdings nur durch ein staatlich kontrolliertes Verleihungsverfahren
30 erworben werden. Das Bundesberggesetz regelt die Interessenkonflikte zwischen dem Inhaber
31 einer Bergbauberechtigung und betroffenen Grundeigentümern. Der Grundeigentümer hat
32 Anspruch auf Entschädigung, wenn er zum Beispiel sein Land für den Bau von
33 Bergwerksanlagen abtreten muss, mehr aber auch nicht. Das Bundesberggesetz unterscheidet
34 zwischen dem Aufsuchen und dem Gewinnen von bergfreien Bodenschätzen. Jeder
35 Interessent bedarf für das Aufsuchen einer Erlaubnis bzw. für das Gewinnen einer Bewilligung
36 der jeweils zuständigen Bergämter. Dort kann er auch einen Antrag auf Verleihung von
37 Bergwerkseigentum (entspricht einer Bewilligung) stellen, den er in aller Regel erhält. Das
38 Planungsrecht der Regionen und Gemeinden, die Belange des Natur- und Umweltschutzes und

39 vor allem die nachfolgenden Belastungen auch für die Anwohner spielen nur eine
40 untergeordnete Rolle.

41
42 Im bisher geltenden Bergrecht führen die mangelhaften Regelungen zu Transparenz,
43 Bürgerbeteiligung, gesamtgesellschaftlicher Abwägung und Rechtsschutz an sich schon zu
44 Akzeptanzproblemen von Bergbauprojekten. Eine Reform des deutschen Bergrechts ist
45 deshalb sowohl im Sinne der Unternehmen, besonders aber im Sinne betroffener Gemeinden,
46 Verbände und Anwohner und zum Schutz von Natur und Umwelt dringend geboten. Gerade die
47 derzeit überall unternommenen Versuche einiger Energie- oder Ölkonzerne zur Gewinnung von
48 Erdgas aus tiefen Gesteinsschichten (Fracking) zeigen, dass die Interessen der jeweiligen
49 Regionen auf derartige Vorhaben nur über das Regierungspräsidium gesteuert werden können,
50 das der Gemeinden, Anwohner und Umweltverbände hingegen unbedeutend ist und nur wenig
51 Gewicht hat. Wir dürfen und sollten uns aber nicht darauf verlassen, dass allein eine
52 Regierungsbehörde (die noch dazu politisch von der jeweiligen Landesregierung abhängig und
53 auch weisungsgebunden ist) entscheidet, gegen deren Votum nach derzeitigem Recht nur der
54 Antragsteller (der Konzern) ein Rechtsmittel hat.

55
56 Unsere Abgeordneten sollten daher schon jetzt versuchen, dass ihre jeweiligen Fraktionen –
57 die Landtagsfraktion über den Bundesrat- für ein modernes, liberales und der Zeit
58 entsprechendes Bergrecht Initiativen ergreifen.